

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis primumerendes
Hierteljahr 2.50 RM. monatlich 1.10 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfons-Gebühr
Beträgt für die festgehaltenen Kolonelle
oder deren Raum 50 Pfg. für
vollständige und genehmigte Beleg-

Telegraphen-Adressen
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 5. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Serbiens zweite Hauptstadt Nisch bedroht.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
4. November 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Massiges stürmten unsere Truppen einen
nahe vor unserer Front liegenden französischen Graben in
einer Ausdehnung von 800 m. Der größte Teil der Be-

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Hindenburg.
Vor Dünauburg wird weiter gekämpft. An verschiedenen
Stellen wiederholten die Russen ihre Angriffe, überall
wurden sie zurückgeschlagen. Besonders starke Kräfte setzten
sie bei Garbanowka ein; dort waren ihre Verluste auch am
schwersten. Das Dorf Mikulischki konnten sie im Feuer
unserer Artillerie nicht halten, es ist wieder von uns besetzt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.
Keine wesentlichen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.
Die Russen versuchten gestern früh einen Ueberfall
auf das Dorf Kuchoda-Wola. In das Dorf eingedrungene
Abteilungen wurden sofort wieder hinausgeworfen.

Ein abermaliger Versuch des Feindes, durch starke
Gegenangriffe und den Erfolg westlich von Czartorysk
streitig zu machen, scheiterte. Aus den vorgestrigen Kämpfen
wurden insgesamt 5 Offiziere, 1117 Mann als Gefangene
und 11 Maschinengewehre eingebracht.

Bei den Truppen des Generals Grafen von Bothmer
wurde auch gestern noch in und bei Siemilowce gekämpft;
die Zahl der bei dem Dorfstampf gemachten Gefangenen
hat sich auf 3000 erhöht. Russische Angriffe südlich des
Ortes brachen zusammen.

Balkankriegsschauplatz.

Gegen zähen feindlichen Widerstand sind unsere
Truppen beiderseits des Rosens-Berglandes (nördlich von
Kraljevo) im Vordringen. Derselbe davon ist die allgemeine
Linie Jakuta-St. Felica-Jagobina-Überschritten. Westlich
der Morava weicht der Gegner; unsere Truppen
folgen. Es wurden 650 Gefangene gemacht.

Die Armee des Generals Vojadjeff hat Balakone
und Bosjevac (an der Straße Jajecar-Paracin) genommen
und im Vorgehen von Surljig auf Nisch den Kalafat
(10 km nordöstlich von Nisch) erstürmt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. November. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 4. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Feind setzte seine Angriffe gegen die Strypafront
fort. Die gegen die Stellung bei Wisniowezh und Burkanom
gerichteten Angriffe brachen vor unseren Hindernissen zu-
sammen. Vor den Schützengräben zweier Bataillone wurden 500
russische Leichen begraben. Im Dorfe Siemilowce nördlich von
Wienawa wird nach wie vor heftig gekämpft. Oesterreichisch-
ungarische und deutsche Truppen gewannen den Ort fast ganz
zurück. Die Zahl der in diesem Raume eingebrachten Gefangenen
beträgt dreitausend. Auch am unteren Sibir wurden zahl-
reiche Vorkämpfer des Gegners abgeschlagen. Bei den vorgestrigen
Kämpfen westlich von Czartorysk hat ein aus Truppen
beider Heere zusammengesetztes Armeekorps insgesamt fünf
russische Offiziere und eintaufendeinhundertsechzehn Mann ge-
fangen genommen und elf Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Angriffe der Italiener auf dem Götzer Brückensatz
und die Nachbarabschnitte dauern fort. Gestern waren die
bestimmten Stürme gegen Jagora, die Podgorahöhe und den
Monte San Michele gerichtet. Wieder wurde der Feind überall
abgewiesen. Auf den Podgorahöhe wird um einzelne Gräben
noch gekämpft.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Trebinje ist ein Angriff gegen die monten-
egrinischen Grenzstellungen im Gange. Westlich von Bileca und
südlich von Krotowac wurden in den dort erlängten Positionen
feindliche Vorkämpfer abgeschlagen. Auf dem Berg Bobija kam es
zu Handgranatenkampf. Der serbische Widerstand im Raume
von Kragujevac und bei Jagobina wurde gebrochen. Der
Feind ist im Zurückweichen. Von der Armee des Generals
von Koehel rückten österreichisch-ungarische Streitkräfte
über Pozeza hinaus. Die Verbindung zwischen Ujcie und
der westlich von Bisegrad kämpfenden Gruppe ist hergestellt. Süd-
westlich von Cacot warfen wir den Feind von den das Tal
beherrschenden Höhen. Andere österreichisch-ungarische Kolonnen
nahmen die Höhen Stoska und Lipnica Glavica und drängten die
Serben auf den Drobnya-Rücken zurück. Deutsche Truppen rückten
in Jagobina ein.

Von den bulgarischen Kräften drang eine Kolonne
bis Bosjevac südwestlich von Jajecar vor. Eine andere nahm den
Berg Lipnica nordöstlich von Nisch. Die Angriffe der Bulgaren
südwestlich von Pirot gewinnen Raum.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ministerkrise in Griechenland.

Athen, 4. Nov. (W. Z. B.) (Nach. der Agence Havas.) Da es
bei der Erörterung der militärischen Geschäfte in der Kammer
zu einem Zwischenfall zwischen dem Kriegsminister und der
benizelistischen Mehrheit kam, stellte Ministerpräsident Paimis
die Vertrauensfrage. Benizelos erklärte, es sei den
Liberalen unmöglich, die Regierung zu unterstützen,
während die Politik den Interessen des Landes unheilvoll sei. Alle Partei-
führer griffen sofort in die Debatte ein. Die Regierung
kam mit 114 gegen 147 Stimmen in die Minderheit.
Infolge dieses Misstrauensvotums der Kammer erklärte Paimis,
die Ministerkrise liege offen zutage. Er ersuchte die Kammer, sich
bis zur Bildung eines neuen Kabinetts zu vertagen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 3. November. (W. Z. B.) Amtlicher Be-
richt über die Operationen vom 1. November: Unsere
Offensive entwickelte sich weiter. Auf der Straße Jajecar-
Bulowac wurde die Linie Trpeloobro-Bulowac-Lotarsko-
pote-Belicejevica-Höhe 766-Höhe 890-Dorf Skrebina-
Höhe 919-Dorf Vellpotof erreicht. Im Surljiski-Timoktale
nahmen wir das Dorf Surljig und den Ples-Berg. Unsere
Truppen gingen auf das linke Ufer des Flusses über. Nach
der Einnahme von Bela-Palanka gingen unsere Truppen bis
zur Linie Gradec-Höhe 917-Brandol-Höhe 460-Vogovi-
Berg-Dorf Secsnica (nördlich Surdulica). Wir machten
weitere Fortschritte und eroberten ein Geschütz, eine Feld-
küche, sowie eine große Menge Kriegsmaterial. König Peter
von Serbien war an dieser Front anwesend und gab seinen
Soldaten, um sie zu ermutigen, die Versicherung, daß die
englisch-französischen Truppen im Begriff seien, der serbischen
Armee zur Hilfe zu eilen. Die Lage auf dem mazedonischen
Kriegsschauplatz bleibt unverändert, abgesehen von unserem
Vormarsch gegen die Höhen Sontehaglava, Kleppaplania und
Preslabplanina, die wir einnahmen. Südlich von Strumiza
nichts Neues. Wir machten in dieser Gegend 600 Gefangene,
erbeuteten 4 Geschütze und 2 Maschinengewehre. Die verbündeten
Truppen eroberten Goina Gora, Rudna, Glava, Gorni Mila-
novacz, Mitochedo, Starideo und Popowic. Am Vormittag desselben
Tages setzten die Serben das Arsenal vor Stragujevac in Brand,
die Stadt wurde am Nachmittag von den Verbündeten besetzt.

Der Krieg bis ans Ende.

Asquith und Briand haben in ihren Parlamenten über
die auswärtige Politik und die Kriegslage gesprochen. Der
leitende Minister Englands, der sich und seine Kollegen gegen
zahlreiche und heftige Brechangriffe verteidigen mußte, hat
dabei den Hauptton auf die Rechtfertigung des in der Ver-
gangenheit Geschehenen gelegt, während Briand, der mit einem
neuen Kabinett vor die Deputiertenkammer trat, Zustimmung
zu seinem Zukunftsprogramm begehrte. Der eine sprach wie
ein Advokat, der andere wie ein General, der seinen Truppen
neuen Mut einflößen will. Aber einig waren sich beide in
dem absoluten Vertrauen auf den endlichen Erfolg der von
ihnen für gut und gerecht gehaltenen Sache.

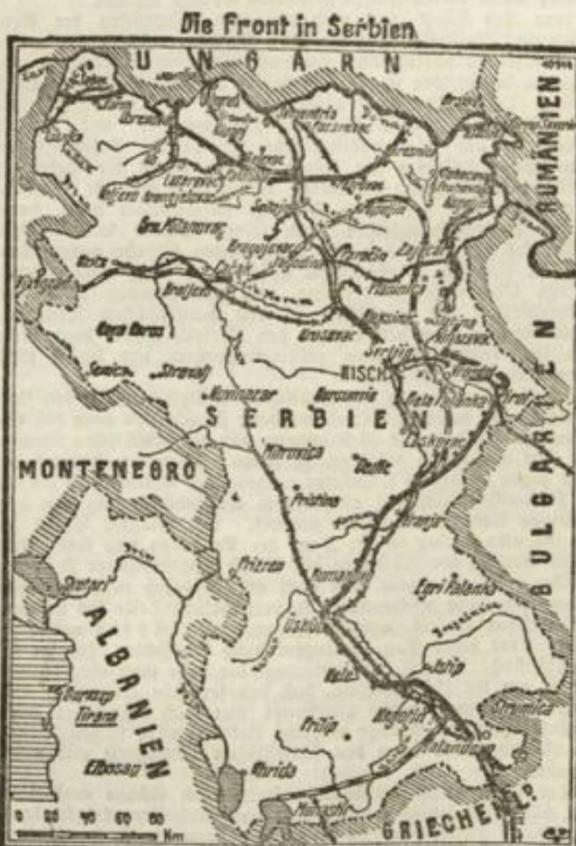
Es gibt einen Unterschied in dem Ton von heute und
dem, der an denselben Stellen vor etwa Jahresfrist ange-
schlagen wurde. Es ist nicht mehr das alte, etwas übermütige
Selbstbewußtsein. Der Sieg der Entente wird nicht mehr
für so über jeden Zweifel erhaben angesehen, daß es fast als
eine Beleidigung des Nationalgefühls gelten könnte, die ab-
solute Unmöglichkeit einer Niederlage näher zu begründen.
Schließlich ist doch manches sehr viel anders gekommen, als
London und Paris erwartet haben. Jedoch von irgend-
welcher Geneigtheit zum Nachgeben ist nicht
die Rede. Die leitenden Staatsmänner Frankreichs und
Englands sind nicht minder entschlossen, bis zum Siege durch-
zuhalten, wie der deutsche Reichskanzler. Sie haben sich am
2. und 3. November genau ebenso zuversichtlich gegeben wie
Bethmann Hollweg am 19. August, und um auf Parlament
und Volk etwas von ihrer Gewißheit zu übertragen, suchten
sie eben die Dinge und Ereignisse, die in Deutschland Hoff-
nungen erwecken, von der anderen Seite darzustellen: Das
russische Heer ist nur zurückgewichen, um sich zu neuem Vor-
marsch zu rüsten, und die deutschen Truppen sind nicht im-
stande, die schon vor einigen Monaten erreichte Linie zu über-
schreiten; in Frankreich sind die Deutschen seit einem Jahre
nicht vorwärts gekommen, sondern haben sogar an einzelnen
Stellen vor den Alliierten weichen müssen; die Dardanellen-
aktion war zwar an sich ein Mißerfolg, aber sie hat türkische
Armeen festgehalten, die sonst im Kaukasus den Russen und
in Mesopotamien den Engländern hätten gefährlich werden
können, und was der Deutschen und Bulgaren Vordringen
auf der Balkanhalbinsel angeht, so läßt sich da freilich ein
Gefühl starken Mißbehagens nicht unterdrücken, allein es
werden mit Eifer Gegenmaßnahmen getroffen, und wenn die
Verbündeten die tapfer kämpfenden Serben nicht retten
können, so werden sie sie wenigstens rächen.

Man sieht, es kommt nur auf die Aufmachung an, und
mögen wir nun auch die von Briand und Asquith beliebte
Gruppirung und Beleuchtung der Tatsachen für irreführend,
für widersinnig und lächerlich halten, so bleibt doch bestehen,
daß England und Frankreich sich keineswegs schon als über-
wunden betrachten, daß sie an einen baldigen Frieden — wer
sprach doch von dem Frieden noch vor Weihnachten? — nicht
denken, ja, daß sie noch immer auf den Sieg ihrer Waffen
hoffen.

Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag.
Krieg ist das Lösungswort.
Sieg! Und so klingt es fort.

Nun ist die Frage nur, wie dieser Siegausschauen
soll, welche Bedingungen erfüllt, welche Ziele erreicht sein
müssen, wenn die Ministerien und die Parlamente in London
und Paris zum Frieden bereit sein sollen. Sieg ist ein
relativer Begriff, in diesem Kriege mehr als in einem anderen,
und schließlich müssen sich die Staatsmänner unter diesem
Worte doch etwas Bestimmtes und Greifbares vorstellen.
Im Herbst 1914 hat Asquith es auch mehrfach unternommen,
sein Kriegsziel zu umschreiben. „Wir werden,“ so sagte er
damals, „das Schwert nicht wieder in die Scheide stecken, bevor
Belgien für alles, was es geopfert hat, und darüber hinaus
entschädigt ist, bevor Frankreich gegen jede Angriffsdrohung
sichergestellt ist, bevor die Rechte der kleineren Nationalitäten
von Europa auf eine unbedingt feste Grundlage gestellt sind
und bevor die Militärherrschaft Preußens völlig und end-
gültig zerstört wurde.“ Dieses Programm war unklar und
vbrauthaft, aber es war immer noch deutlicher, als wenn der
englische Premier jetzt versichert, daß die englische Nation
heute ebenso entschlossen sei wie je, den Krieg bis zum er-
folgreichen Ende weiterzuführen, und alle Quellen
zu erschöpfen bis „unser gemeinsames höchstes
Ziel“ erreicht sei.

Was ist das erfolgreiche Ende? Welches ist das höchste
Ziel? Etwa die Verschmelzung und Aufteilung Deutsch-
lands? Oder nur die politische und wirtschaftliche Wieder-
herstellung Belgiens und die Herausgabe der okkupierten Pro-
vinzen der französischen Republik?



Der Stand der Front am 24. Okt. am 3. November

Etwas weniger verschwommen hat sich der neue Mann in Frankreich ausgedrückt: „Wir werden den Krieg bis ans Ende führen, das heißt bis zum Sieg, der den Feind aus allen besetzten Gebieten hinausjagen wird, sowohl aus jenen, die unter der Besetzung erst seit mehreren Monaten leiden, wie auch aus jenen, die sie seit so vielen Jahren erdulden.“ Aber auch Briand verliert sich dann in die Wolken der Redensarten, wenn er weiter sagt: „Frankreich wird den Frieden nur dann unterzeichnen, wenn das Recht durch den Sieg wieder hergestellt ist, und wenn es alle Bürgschaften für einen dauerhaften Frieden erhalten haben wird.“

Wie wird das Recht wiederhergestellt, und welcher Friede ist dauerhaft? Man sollte meinen, daß nach fünfzehn Monaten des opfervollsten Krieges, den die Weltgeschichte je gesehen hat, die Staatsmänner eine präzisere Antwort auf diese Frage zu geben wüßten; daß sie den Völkern klarer sagten, wofür sie ihr Blut vergießen, welches Ziel man sich gesetzt hat, um welchen Preis man ringt. Vaterlandsverteidigung, Freiheit, Recht, Kultur — das alles genügt heute nicht mehr. Es sind Worte, bei denen sich der eine dies und der andere jenes denken kann, und es ist wahrlich an der Zeit, eindeutiger und gmeinderständlicher zu sprechen.

Jedoch es sieht fast so aus, als fürchteten sich beide Parteien, vor einander ihre Pläne zu verraten, denn es sind ja nicht Frankreich und England allein, die ihre Kriegsziele und Friedensbedingungen in Nebel hüllen: die deutsche Regierung hält nicht minder zurück, und auch sie hat sich, wo sie sich über den Zweck des Krieges äußerte, bisher auf Wendungen beschränkt, die vor Soldaten, die zu einem Sturmangriff zu Blut angefeuert werden sollen, wohl am Platze sein mögen, die aber weder im eigenen Lande noch draußen die notwendige Klarheit über Deutschlands letzte Absichten verbreiten. Eben erst wieder werden alle im Ausland kolportierten Nachrichten über Friedenswünsche und Friedensbestrebungen der deutschen Regierung amtlich für falsch erklärt: Wilson ist in der Schweiz, um sich zu erholen, und Solf will in Holland nur liebe Freunde besuchen und einmal wieder gutes Weißbrot essen. Es ist auch nicht wahr, daß der Reichsfangler Hinz oder Kunz gegenüber der Erwerbung der belgischen Maaslinie, die Annexion Kurlands und eine Kriegsschädigung von 30 Milliarden als Bedingungen des Friedens genannt habe.

Schon, wir haben jetzt schon zwölf Monate lang gehört, was alles nicht wahr ist. Kann man es uns verübeln, wenn wir gern einmal hören möchten, was wahr ist, was die deutsche Regierung als Ziel des Krieges betrachtet? Es geht doch auf die Dauer nicht an, daß Schlacht auf Schlacht geschlagen wird, daß auf immer neuen Kriegsschauplätzen die Heere gegeneinandergeführt werden, ohne daß die Völker erfahren, was geschehen und was erreicht sein muß, damit des Friedens Gloden geläutet werden.

Die anderen, so erwidert man uns, müssen um Frieden bitten, denn wir sind die Sieger. Aber leider fühlen sich die anderen nicht als die Besiegten, und so kommt man zu keinem Ergebnis. Der Krieg geht weiter ins Unendliche, weil beide Parteien sich scheuen, ihre Forderungen abzugrenzen und auszusprechen, aus Furcht, die Befanntschaft des Kriegszieles könne als Schwäche ausgelegt werden. Es kann dahin kommen, daß dieser Krieg mit der völligen Erschöpfung aller endet, weil keiner sagen wollte, unter welchen bestimmten Bedingungen er ihn zu beenden entschlossen sei. Soll das verhindert werden, dann müssen die Regierungen endlich den Bereich der allgemeinen Redewendungen verlassen und sich zu ihrem positiven Programm bekennen, und sollten sie am Ende, durch die verschiedenen Wechselfälle des Feldzuges verwirrt, sich selbst kein klares Bild mehr von seinen Zwecken machen können, so sollen sie die Schleusen der öffentlichen Diskussion öffnen. Dann wird es bald Klarheit und, wie wir hoffen, bald Frieden geben.

Der montenegrinische Bericht.

Paris, 4. November. Amtlicher montenegrinischer Bericht vom 3. November: Der Kampf südlich Visegrad dauerte am 1. November an. Die Gesamtzahl der Gefangenen während der letzten Tage beträgt 300. Der Feind hatte mehr als 800 tote und Verwundete. Nach furchterlichem Nachkämpfe besetzte der Gegner den Troglaw.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. November. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Dem letzten Bericht ist nichts hinzuzufügen.

Orientarmee. Zwei Batterien griffen am 30. Oktober unseren Brückenkopf von Arivolan an; sie wurden leicht zurückgeworfen. In Fortsetzung von Teileroperationen im Abschnitt von Strumica machten wir auf den Südhängen der Grenzgebirgskette Fortschritte.

Dardanellen-Expeditionskorps: Der Zeitabschnitt vom 20. Oktober bis zum 1. November war besonders ruhig. Er war nur durch gegenseitige Minenexplosionen gekennzeichnet, in welchen wir die Oberhand behielten. Der Feind scheint darauf verzichtet zu haben, gegen unsere Linien seine Angriffe zu erneuern, welche ihm bisher sehr große Verluste verursachten. Die Tätigkeit auf dem Meere war größer: Blockade der bulgarischen Küste des Ägäischen Meeres seit dem 16. Oktober durch die Flotte der Alliierten; am 21. Oktober Bombardement von Dedeagatsch, am 20. Oktober und am 29. Oktober Bombardement der militärischen Einrichtungen auf Gallipoli durch englische Monitore. Trotz Anbringung von Schanzgräben und festen Minen, welche die Lücken in großer Zahl andrachten, gelang es französischen und englischen Unterseebooten, die Meerengen zu durchfahren und ihre Vereinigung im Marmarameer zu bewerkstelligen, wo sie die Bewegungen der türkischen Schiffe und die Verproviantierung der türkischen Truppen auf der Halbinsel auf dem Seeweg besonders erschweren.

Paris, 4. November. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend. An der Somme bei Frise zerstörten wir durch im rechten Augenblick zur Explosion gebrachte Gegenminen bedeutende Minenarbeiten des Feindes. Weiter südlich im Abschnitt von Westraignes Artilleriekampf und Kampf mit Schützengrenzenkampfwerkzeugen, welcher besonders heftig war. In der Champagne suchte ein vom üblichen Bombardement mit Stüßgasgranaten eingeleiteter deutscher Angriff an unsere Stellungen südlich der Chauvauxfarm im Abschnitt von Waiffes zu gelangen. Die Angreifer konnten nur in einige Stadien der vorgeschobenen Schützengräben an der Höhe 100 einzudringen. Wir warfen sie sonst überall zurück, indem wir ihnen empfindliche Verluste beibrachten. In den Vogesen führte unsere Artillerie wirksame Feuerkonzentrierungen gegen die feindlichen Schützengrenzenwerke im Volagebiet aus.

Belgischer Bericht. Die feindliche Artillerie bekundete heute einige Tätigkeit und beschloß Furnes, Walpen, Perwyse, Kousdamme, Dostrele und Koordichoot. Unsere Artillerie erwiderte, führte ein Vergeltungsfeuer aus und zerstörte feindliche Arbeiter an mehreren Stellen vor der Front.

Der serbische Krieg.

Von Richard Gäble.

Berlin, 3. November.

Unser ganzes Interesse wendet sich nach wie vor dem Fortgang der Ereignisse in Serbien zu.

Allerdings ist der dritte Angriff der Italiener gegen die österreichische Südwestfront auch in der vergangenen Woche noch fortgesetzt worden, gegen die Isonzofront sogar mit verstärkten Kräften. Hatten sie das erste Mal 12, das zweite Mal 17 Divisionen eingesetzt, so sind in den letzten Oktobertagen schließlich 25 Divisionen gegen die starke, kaum 50 Kilometer breite Stellung angezurmt. Ein Kräfteeinsatz, der vielleicht vor vier Monaten einen Erfolg herbeiführt hätte, mußte jetzt vergeblich bleiben. Er hat nur die furchtbare Zahl der Opfer vermehrt, die die Zahl von 450 000 Köpfen bereits überschritten haben wird. Das italienische Volk muß die treulose und verheerliche Politik seiner Regierung teuer bezahlen. Und aber kommt diese Erfahrung wahrheitsgemäß zugute, weil sie eine eindringliche Warnung an die Adresse der Balkanstaaten bedeutet und im übrigen die Italiener abhält, sich in die Kriegsführung gegen Serbien einzumischen. So tritt die unerklärliche Verteidigung des österreichischen Heeres im Südwesten unserer dortigen Feldzug mittelbar hilfreich zur Seite. Gegen Ost wie gegen Südwest völlig gesichert, kann die Heeresgruppe Madenfen ihr Werk ohne Gefahr vollenden. Es ist natürlich nicht Aufgabe eines deutschen Berichterstatters, im Fluße der Ereignisse zu unteruchen, ob die italienische Heeresführung andere Wege und Mittel gehabt hätte, ihr Eingreifen in den Weltkrieg wirksamer zu gestalten. Wäre sie aber keine anderen Wege, dann war dieses Vorgehen nicht nur eine Torheit, sondern ein Verbrechen.

Aufmerksam machen möchte ich darauf, daß es zur See im Mittelmeere beinahe ebenso steht wie im Atlantik und in der Nordsee; auch dort kommt die weit überlegene Flotte der Italiener, Franzosen, Engländer zur Unterstützung des italienischen Angriffs nicht in Betracht. Unmittelbar hat sie nur einmal in den Gang des Krieges eingegriffen: vor den Dardanellen, und hier mit entschiedenem Mißerfolge. Seitdem wirkt sie nur noch durch ihr Dasein selbst — und wer weiß, wie lange selbst diese bescheidene Wirkung noch dauern wird.

In Frankreich wie in Rußland herrscht der Stellungskrieg, nur wenig unterbrochen durch gelegentliche Vorstöße von der einen oder von der anderen Seite. Zu einem allgemeinen, groß angelegten Angriff hat sich die russische Heeresführung auch unter der nominellen Leitung des Jaren nicht emporschwingen können. Unter den „unerhörten Verdächtigungen“, die der scheidende Großfürst Nikolaus ihr mit spöttisch-höflicher Verbeugung vor dem herrschenden Regimen gewährt hat, haben die deutschen Truppen bisher noch wenig zu leiden gehabt. Und schon werden wir wieder auf das kommende Frühjahr vertröstet — wie im Winter 1914! Eine gute Vorbereitungszeit für den schließlichen Ausgang dieser neuen Kräfteanstrengung, mit der wir im Westen wie im Osten rechnen müssen.

Auch die deutschen Angriffe in Frankreich wie in Rußland haben nur örtliche Bedeutung; sie zeigen außerdem der Welt, daß unsere Kriegsführung dort keineswegs passiv geworden ist, wie die Militärhistoriker der feindlichen Länder ihre Völker möchten glauben machen.

Mit großer Entschlossenheit wird die Offensive in Serbien fortgesetzt. Unsere Front im Norden hat nunmehr die Linie Gen. Milanowac—Kragujevac bereits überschritten und steht über 70 Kilometer südlich der Donau. Die Serben werden gegenwärtig ihre noch verbliebenen Hauptkräfte hinter dem breiten Abschnitt der serbischen und bulgarischen Morawa versammeln. Auch die erste bulgarische Armee Bojadieff nähert sich vom Osten her dieser Linie, nachdem sie in hartnäckigen, erbitterten Kämpfen den Widerstand gedrochen hat, den ihr die Serben in richtiger Abschätzung der Lage gerade dort mit starken Kräften entgegengesetzt haben. Rechnen sie noch immer auf eine Hilfe von Süden her, dann müßten sie sich die große Bahn im östlichen Morawatal so lange als möglich erhalten und ihrer Hauptarmee den Rückmarsch in südlicher Richtung auf die griechische Grenze sichern. Jetzt ist am 27. Oktober Pirat genommen, Rißch ist schwer bedroht. Die zweite bulgarische Armee ist von Süden her im weiteren Vormarsch und hat am 28. Oktober die Pässe von Katschani gewonnen, am folgenden Tage serbische Gegenangriffe dort zurückgewiesen. Sie steht ihrerseits 140 Kilometer südlich der serbischen Morawa. So hat sich der Bewegungsraum des serbischen Heeres abermals beträchtlich verringert, damit aber zugleich seine Hilfsmittel an Lebensunterhalt und Schießbedarf. Besonders eine hinreichende Ergänzung des letzteren erscheint kaum noch möglich.

Ob die serbische Hauptarmee dem Kampf gegen Madenfens Scharen bisher nur mit starken Nachhuten gefolgt hat, wie behauptet wird, ist nach dem Gange der Ereignisse mindestens zweifelhaft; in jedem Fall aber wird man noch mit einer lebhen vorgewiesenen Anstrengung der Serben rechnen müssen, um sich aus der Schlinge zu befreien, die sich immer enger um sie legt. Auch von Westen her, über Ujegrad, dringen jetzt schwächere österreichische Kräfte heran, die zwar nicht der ganzen serbischen Armee, wohl aber ihrem linken Flügel gefährlich werden können.

Deren Los hängt nur noch von dem Eingreifen der Verbündeten ab. In dieser Beziehung ist die Lage noch immer unklar. Allerdings scheint man sich nach längerem Schwanken entschlossen zu haben, der Expedition gegen Madenfen freien Lauf zu lassen. Wir wissen aber nicht, wie weit die Ausschiffung der Truppen bereits gediehen ist, und noch weniger, mit welcher Sicherheit sie auf die wohlwollende Neutralität Griechenlands rechnen können. Dieses hat seinen Protest gegen die Verletzung Saloniks in aller Form erneuert. Wenn auch nur die Möglichkeit vorhanden ist, daß seine Haltung unfreundlich wird, dann kann das englisch-französische Heer keinen Schritt landeinwärts tun, ohne sich der schwersten und dringenden Gefahr auszusetzen. Inzwischen sind die Verbündeten anscheinend noch nicht einmal über den Oberbefehlshaber einig und ebensowenig über das Stützverhältnis der englischen zu den französischen Truppen; jeder möchte hier gern dem anderen den Vortritt lassen, denn beide müssen ihre letzten Reserven zusammenziehen, um dieses neue Abenteuer einzuleiten zu können.

Daß ihre Vortruppen auf serbischem Gebiete eingetroffen sind, kann wohl nicht mehr bezweifelt werden; sie scheinen aber bei Baladowo am Bardar, nur 32 Kilometer von der griechischen Grenze, in der Tat unglücklich gescheitert zu haben. Auch der Rückstoß der Serben gegen Belas, 68 Kilometer nordwestlich Baladowos an der Bahn Salonik—Riisch, hat nach einem Augenblickserfolg mit dem endgültigen Verlust der Stadt geendet. Der wichtige Punkt befindet sich also wieder in der Hand der Bulgaren und somit steht dem Hülfeversuch der Alliierten ein bisher ungebrochener Riegel gegenüber. Es mag sein, daß auch augenblicklich noch nicht jede Hoffnung für diese gestanden ist, beträchtliche Teile des weichen serbischen Heeres aufzunehmen und vorläufig retten zu können. Aber jeder Tag verringert diese Aussichten, die an sich nicht groß sind. Soweit wir heutzutage die Lage übersehen können, bleibt es am wahrscheinlichsten, daß das serbische Hauptheer nicht nach Süden, sondern wenn überhaupt, nur nach Südwesten gegen die montenegrinische Grenze zu seine Rettung wird suchen können. Diese Rettung aber kann den schließlichen Untergang nur etwas verzögern.

Aber selbst wenn beträchtliche Teile nach Süden entkommen sollten, hängt ihr letztes Schicksal von dem Verhalten Griechenlands ab, das dann Farbe bekennen muß. Wie man die Sache also auch betrachtet, stellt sich die Frage des serbischen Heeres als sehr ungünstig dar — ein ganz unwahrscheinlicher Schicksalserfolg ausgenommen. Immerhin können wir hier zu Hause noch nicht übersehen, binnen welcher Zeit sich das Schicksal Serbiens erfüllen wird; jede Vorausage darüber wäre verfrüht, weil sie der notwendigen, tatsächlichen Unterlagen entbehrt. Die vorstehende Dar-

stellung hat gezeigt, daß immerhin noch eine Reihe von unbekanntem Größen in dieser Gleichung vorhanden ist. Lassen wir also die Ereignisse selber sprechen. Allzulange wird es ja nicht mehr dauern, daß sich die Lage auf diesem Kriegsschauplatz genügend aufklärt, um uns auch ein abschließendes Urteil zu gestatten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. November. (W. Z. V.) Kriegsbericht vom 3. November. Der Feind, der in der Eile Verstärkungen erhalten hatte, versuchte durch hartnäckige Gegenangriffe unsere Offensive aufzuhalten und überdies die wichtigen von uns eroberten Stellungen zu nehmen. Die Angriffe, die zumeist nachts mit großer Wucht ausgeführt wurden, brachen sich an dem festen Widerstand unserer Truppen und hielten den Plan unserer Truppen nicht auf. Die erwähnten Aktionen fanden in der Nacht vom 1. zum 2. und am folgenden Morgen statt auf dem Sertzenstein, an der Klentalspitze auf dem Mraz, in der Zone des Monte Nero, bei Zagora, im Plavaabscchnitt längs der Hänge des Monte San Michele und auf dem Karst. Überall wurde der Feind mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am gestrigen Tage erzielte unsere Offensive einige neue Erfolge. Bei Zagora begann man mit der Besetzung der hochgelegenen Häuser des Dorfes, 72 Gefangene wurden eingebracht. Auf den Höhen westlich Gdraz spielte sich ein erbitterter Kampf in der Umgebung des Dorfes Dolabin ab; 317 Gefangene, darunter 4 Offiziere, blieben in unseren Händen, sowie Waffen und Munition, deren Menge noch nicht bestimmt ist. Auf dem Karst verbot uns unsere von der Artillerie wirksam unterstützte Infanterie nach heftigem Kampf noch zahlreiche andere Schützengräben zu nehmen, welche das steile Plateau in jeder Richtung durchschneiden. Es wurden etwa zwanzig Gefangene gemacht und zwei Maschinengewehre und reichliches Kriegsmaterial erbeutet. Trotz der unglücklichen Witterungsverhältnisse dauern die Aktionen unserer Flieger fort. Indem sie dem Feind zahlreiche Abwehrgeschütze auswichen, bombardierten sie wirksam die feindlichen Lager, Schützengräben, Bahnlagen und Bahnstationen.

Caborna.

Kämpfe in Kamerun.

Paris, 4. November. (W. Z. V.) Amtlich. Trotz lebhaften Widerstandes des Feindes, welcher schwere Verluste erlitt, bemächtigte sich eine französische Kolonne am 25. Oktober des Postens Gende an der Eisenbahnlinie Duala—Yaunde, von der im Augenblick des Kriegsbeginns 170 Kilometer fertiggestellt waren. Unsere Verluste an Europäern waren gering, 20 Eingeborene wurden getötet, 79 verwundet. Wir setzten unsern Vormarsch fort und bemächtigten uns am 30. Oktober Esaka. Die Deutschen zogen sich mit starken Verlusten in Richtung Yaunde zurück und zerstörten einen Teil der Eisenbahnstrecke, welche wir wiederherstellten.

Notiz: Hierzu wird dem W. Z. V. mitgeteilt: Die Station Gende (oder wie die deutsche Ortsbezeichnung lautet, Bidjola) der Mittellandbahn, ebenso Esaka an der gleichen Bahnlinie, befanden sich bereits vor Monaten in französischem Besitz. Nach schweren Kämpfen am 3. und 4. Mai d. J. hatten die deutschen Truppen die Station Bidjola und am 11. Mai Esaka der französischen Uebermacht überlassen müssen. Der Ende desselben Monats einsetzende deutsche Gegenangriff warf jedoch die an der Mittellandbahn vorrückenden Franzosen sowie die gleichzeitig mit ihnen auf der Straße Gdoo—Yaunde vordringenden Engländer unter schwersten Verlusten auf die Koko—Ngwe-Linie zurück; Bidjola und Esaka wurden von der Schutztruppe wieder besetzt. Die nachhaltige deutsche Erfolg war, beweist der Umstand, daß erst jetzt, also nach viermonatigen Kämpfen, es den feindlichen Truppen gelungen ist, ihre Stellung bei Esaka wieder einzunehmen, falls die französische Meldung überhaupt richtig ist.

Vertrauensvotum für das neue französische Ministerium.

Paris, 3. November.

Briand fuhr in seiner Erklärung fort: Die Lösung der Frage einer Erleichterung der Zensurvorschriften wird dadurch möglich, daß die Presse gewillt ist, im Interesse der Landesverteidigung die Kontrolle, die sie selbst verlangt, anzunehmen. Die Regierung wird gemeinsam mit der Presse für die Anwendung der Gesetze die in einer Demokratie zwischen Freiheit und Autorität notwendigen Konzeptionen finden. Wir werden unsere Kraft gleichzeitig aus der nationalen Meinung und aus dem Vertrauen des Parlaments schöpfen, das die Quelle unserer Autorität ist. Wir wenden uns an Ihre Mitwirkung, die uns wertvoll sein wird. Wir wissen, daß es Ihre Sorge ist, das Vorgehen der Regierung zu unterstützen. Diese ist ihrerseits bereit, ihre Aufgabe zu erfüllen und alle Verantwortung zu übernehmen. Es wird ihr am Herzen liegen, die Kontrolle des Parlamentes über ihre Handlungen zu erleichtern. Sie wird jede Gelegenheit ergreifen, um das Parlament aufzuklären, indem sie durch regelmäßige Zusammenkünfte, sei es mit den Ausschüssen des Parlamentes, sei es mit dem Parlament selbst, alle Auskünfte gibt, auf die das Parlament ein Recht hat. So wird sich auch weiterhin die Eingeleit der Nation, des Parlamentes und der Regierung befruchtigen. Durch sie werden wir den Krieg zu Ende führen, das heißt bis zu dem Siege, der

den Feind aus allen besetzten Gebieten vertreiben

wird, sowohl aus denjenigen, die seit mehreren Monaten unter dem Einfall leiden, wie auch aus denjenigen, die sie seit so vielen Jahren ertragen. Frankreich würde den Frieden nicht, indem es allen Herausforderungen widerstand. Es tut alles, um den Frieden zu erhalten. Es ist das Opfer eines vorbedachten Angriffes, den kein Sophismus jemals wird rechtfertigen können. Man zwang ihm den Krieg auf, den es furchtlos annahm. Es wird erst einhalten, wenn der Feind zur Ohnmacht niedergeworfen sein wird. Frankreich wird den Frieden erst nach der Wiederherstellung des Rechtes durch den Sieg, erst wenn es alle Gewähr für einen dauerhaften Frieden erhalten haben wird, unterzeichnen. Dieses Ziel werden die Völker durch ihre praktische und enge Solidarität erreichen, die ihren Zusammenhang täglich fester knüpft und die jetzt wieder durch den Beitritt Japans zum Abkommen vom 5. September 1914 verstärkt wurde, wodurch die Mächte die feierliche Verpflichtung eingingen,

keinen Sonderfrieden

zu schließen. Aber wir sind der Ansicht, daß das Zueinanderbringen der Anstrengungen der alliierten Nationen noch vollkommener und schneller sein kann und sein muß. So schwer es auf verschiedenen und so entfernten Schauplätzen durchzuführen sein mag, sind wir doch entschlossen, es durch engere und immer intimere Fügung zu verwirklichen. Schon gestatteten es die Reisen des Generals Joffe nach Italien und England, und der Empfang, der ihm bereitet wurde, und die zwischen den Generalstäben gefachten Enschlüsse den alliierten Nationen, ihre gegenwärtige und zukünftige Handlungsweise einander anzupassen. Dem Rufe Serbiens folgend, eilte Frankreich ihm sofort zu Hilfe. Wir sind mit der englischen Regierung völlig einig über die Führung der militärischen Unternehmungen

Frankreich und seine Verbündeten werden die heldenhafte Nation, deren Widerstand die Welt zur Bewunderung zwingt, nicht im Stiche lassen. Das augenblickliche Unternehmen Deutschlands auf dem Balkan bezeugt den Misserfolg seiner Bemühungen auf den Hauptkriegsschauplätzen. Weil seine Offensive auf der französischen und russischen Front gebrochen wurde, unternimmt es jetzt diesen ablenkenden Schritt. Es sucht dadurch die Meinung der Welt in Atem zu halten, für die so viele Monate verstrichen sind, ohne daß die von einer jägellosen deutschen Propaganda angekündigten Erfolge eintreten und sich die Anzeichen der Schwäche unter dem Anschein der Kraft zu enthüllen beginnen. Deutschlands Hoffnungen werden enttäuscht werden. Die Mittelmächte werden ihre Niederlage hinausschieben, aber sie nicht verhindern können. Wir dagegen sind entschlossen, bis ans Ende zu gehen. Unsere Feinde dürfen auf keine Mäßigkeit und Schwäche unsererseits zählen. Nachdem wir unsere Aufgabe ermaßen haben, so hart sie auch sein mag, wollen wir sie bis zu ihrem notwendigen Abschluß fortsetzen. Wir haben den Willen zu siegen, wir werden siegen.

In der Debatte billigte der Sozialist Baronowski die Erklärung der Regierung und erklärte, die Abgeordneten würden der Regierung folgen, wenn es wirklich eine starke Regierung sei, welche regiere. Der Redner bat die Regierung dringend, einen Kriegsrat zu errichten, welcher es den Alliierten gestatten würde, einen gemeinsamen Plan zu verfolgen. Er fordert schließlich die

Einführung geheimer Sitzungen.

Rameil interpelliert über die Handhabung der Zensur. Der Liberale Constant fragte, welches die Absichten der Regierung seien bezüglich der in Frankreich geliebten Oesterreicher und Deutschen. Der Sozialist Renaudel griff die Einwendungen wieder auf, welche gegen die Methoden der parlamentarischen Arbeit gemacht worden waren. Er trat für Beständigkeit und Einheit in der Leitung der militärischen und finanziellen Unternehmungen ein. Der frühere Minister Verard erklärte, er habe Vertrauen zu Briand, der von Männern umgeben sei, welche die Ehre des Landes verfechten. — Briand antwortete den Interpellanten und erklärte, daß man alle Gefühle kenne, welche seit dem Krieg im Lande wach geworden seien. Das Land, welches in den grausamsten Stunden den Kopf hoch getragen habe, fürchte nicht, daß seine größten Interessen öffentlich erörtert würden.

Briand spendete denen Lob, welche in tragischen Stunden die Verantwortung trugen, und verlangte einstimmiges Vertrauen, das notwendig sei, um mit Nutzen zu regieren. Briand bestätigte, daß demnächst eine Vereinbarung betreffs der Zensur getroffen werden würde. Er schloß mit den Worten: Es kann keine Unstimmigkeit unter uns geben. Nur ein vollständiger Sieg kann uns befriedigen. Um zu dem vielleicht fernsten Augenblick zu gelangen, wo wir einer Friedensfrage gegenüberstehen werden, müssen wir erst siegreich gewesen sein, müssen wir die dem Schoße Frankreichs entziffenen Provinzen erst zurückerhalten haben, werden Völker, wie die gemarterten Belgier, erst vollständig wieder ausgerichtet sein müssen. In diesem Kriege ist Frankreich der Kortämpfer der Welt. Es kämpft für Zivilisation und Freiheit. Ein dauerhafter Friede kann der Welt erst gegeben werden, wenn Frankreich und seine Alliierten die Freiheit der Völker wieder erobert haben. Die Kammer beschloß, die Rede Briands öffentlich anschlagen zu lassen, und nahm mit 651 gegen eine Stimme eine Vertrauensbeschlusordnung für die Regierung an.

Französische Pressestimmen.

Paris, 4. November. (B. L. B.) (Mitteilung der Agence Havas.) Alle Blätter besprechen die ministerielle Erklärung und sagen, daß die Geisern von Briand in der Kammer ausgesprochenen trostigen Worte, die den Feinden zeigen, daß sie bei Frankreich nicht auf Ermattung oder Schwäche zählen dürfen, nicht oft genug wiederholt werden können. „Gaulois“ schreibt: Die ganze Welt erwartete die ministerielle Erklärung. Briand wußte sich zum Adel wahrhaft patriotischer Worte aufzuschwingen. Zudem er zum Lande und zur ganzen Welt sprach, war er in der tragischen Stunde auf der Höhe der Lage. Die Erklärung kann in zwei Worten zusammengefaßt werden: Regieren und Siegen. — „Humanité“ sagt, daß Briand nicht nur als mutiger Patriot, sondern auch als scharfsichtiger, kluger Staatsmann gesprochen habe. — „Journal“ findet, das wichtigste Ereignis der gestrigen Sitzung sei gewesen, daß die Kammer die Einstimmigkeit wieder gefunden habe. Die Parteien hätten sich wieder zur Einheit geschlossen, um das Werk der Landesverteidigung kräftig fördern zu können. — „Matin“ glaubt, daß die Erklärung durch ihre Klarheit und Kraft im Lande und in der ganzen Welt tiefen Eindruck erwecken werde.

Der Reichskanzler dementiert.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Das Haager Korrespondenzbureau meldet unter der Ueberschrift: Deutsche Friedensvorschläge? Von glaubwürdiger aber nicht offizieller Seite wird uns versichert, daß einige Mitglieder des Deutschen Reichstages vor kurzem in Amsterdam geweilt haben. Einer der Herren hat bei Besprechungen, die bei dieser Gelegenheit abgehalten worden sind, geäußert, der Reichskanzler habe als Bedingungen, unter denen Deutschland geneigt sein würde, Frieden zu schließen, bezeichnet: die Erwerbung der belgischen Maaslinie durch Deutschland sowohl vom militärischen als industriellen Gesichtspunkte, die Annexion Kurlands durch Deutschland und eine Kriegsschädigung von dreißig Milliarden Mark.“

Wir wissen nicht, woher das Haager Korrespondenzbureau seine Informationen geschöpft haben kann, müssen aber feststellen, daß sie jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Der Reichskanzler hat keinerlei derartige Äußerungen getan, wie es denn überhaupt verächtlich wäre, von Friedensbedingungen zu sprechen. Wenn trotz dieser wiederholten Feststellungen immer wieder Nachrichten über die Geneigtheit und das Bedürfnis Deutschlands, Frieden zu schließen, ausgestreut werden, so läßt das nur auf plumpe Versuche unserer Gegner schließen, zur Hebung der Stimmung im eigenen Lande Deutschland als friedensbedürftig hinzustellen.“

Neue Kriegskredite in England.

London, 4. November. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß die Kreditvorlage, die in der nächsten Woche eingebracht werden soll, 250 Millionen Pfund Sterling betragen wird. Wie gewöhnlich, wird Asquith die Vorlage einbringen, sich aber dabei auf die Besprechung der finanziellen Aussichten beschränken. Trotzdem wird die Gelegenheit zu einer neuen Debatte über den politischen und militärischen Zustand benützt werden.

Zum russischen Ministerwechsel.

Die Agenzia Stefani dementiert nach einer Depesche aus Petersburg die Gerüchte über den Rücktritt des Ministers des Äußeren Sazonow.

Bestechungsgelder des Vierverbandes in Bulgarien.

Sofia, 4. November. (B. L. B.) Das Regierungsblatt „Karodni Prava“ bringt eine eingehende Aufstellung der Bestechungsgeldsummen, die im Laufe des Monats September von den Agenten des Vierverbandes an verschiedene bulgarische Politiker gegeben wurden, die für einen Krieg gegen die Türkei agitierten. An die erwähnten Personen wurden 1 050 000 Fr. ausbezahlt, ferner im Laufe des Monats September und bis zum 18. Oktober mehrere Schecks im Betrage von 2 740 000 Frank an einen Bauernbündler, endlich an andere Personen Beträge von rund 18 000 000 Fr. Das Blatt teilt mit, daß eine Untersuchung eingeleitet wurde.

Gegen Dienstverweigerungs-Propaganda.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Ein vor einiger Zeit erschienener Aufruf zur Verweigerung des militärischen Dienstes, zu dessen Unterzeichnern außer „Christlichen Anarchisten“ und Anhängern verwandter Gruppen auch mehrere Parteigenossen, hauptsächlich tolstoiänisch angehauchte Prediger gehören, hat hier und da einige Konfusion angerichtet. Da andererseits auch die Absicht einer behördlichen Verfolgung und Mäßregelung der Unterzeichner bekannt geworden ist, hat sich die Parteileitung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßt gesehen, die auf die völlige Untauglichkeit individueller Dienstverweigerung zur Bekämpfung des Militarismus hinweist und die individuelle Revolte gegen den Staat überhaupt ablehnt. Die Erklärung betont auch die von allen sozialistischen Parteien vertretene Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung zur Verteidigung der nationalen Selbständigkeit und für Holland im besonderen die Notwendigkeit der Mobilisation, um das Land außerhalb des Weltkrieges zu halten. Die Parteileitung spricht den Parteigenossen unter den Unterzeichnern ihr Bedauern aus, wendet sich aber gleichzeitig gegen Verfolgungen und Mäßregelungen, die nur die Sympathien für das Manifest stärken würden. Die Regierung möge das Manifest dem Urteil des gesunden Menschenverstandes des holländischen Volks überlassen.

Brauchen wir den Reichstag?

Der Reichskanzler hat die sofortige Einberufung des Reichstages mit der Begründung abgelehnt, daß die Parliamentsversammlung nur das Reichsamt des Innern in seinen wichtigen Arbeiten zur Volksernährung stören würde. Leider sind die Beschlüsse der Regierung in der Lebensmittelfrage bisher keineswegs so praktisch und durchgreifend gewesen, daß wirklich eine derartige Rücksichtnahme auf das Reichsamt weiteren Kreisen notwendig erscheinen wird. Wir erwarteten vielmehr, daß der Reichstag dem Reichsamt seine Aufgabe erleichtern würde, zumal wohl nicht ohne Grund behauptet wird, daß die Vorschläge des Reichsamt des Innern durch andere Regierungsstellen wieder teilweise durchkreuzt würden. Die tatkräftige Unterstützung durch den Reichstag sollte daher dem Reichsamt des Herrn von Delbrück nur willkommen sein.

Wenn der Reichskanzler weiter in seiner Antwort mittelst, der Reichstag würde ja doch bereits Ende November einberufen, so geht daraus zunächst erfreulicherweise hervor, daß frühere Meldungen über Hinausschiebung der Reichstags-sitzung bis zum 9. Dezember der Grundlage entbehren. Aber die weitere Rechnung, eine sofortige Einberufung würde den Zusammentritt nur um acht Tage beschleunigen, scheint uns nicht ganz einwandfrei. Selbst wenn das „Sofort“ erst den 10. oder 15. November bedeuten sollte, wäre der Reichstag immerhin 2 bis 3 Wochen früher zusammen als als beabsichtigt. Nun sind die Fragen der Volksernährung und des Belagerungszustandes so wichtig, daß jeder Tag, um den die Entschlüsse beschleunigt werden, für die Volksgesundheit und die Volkstheorie einen großen Gewinn bedeutet.

Die bürgerliche Presse, die gegen die Forderung der sofortigen Einberufung Bedenken erhoben hat, sucht denn auch nach weniger formalen Einwänden. Dr. Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“ meint, daß in der Presse und in Versammlungen genug Gelegenheit geboten sei, die Forderungen an die Regierung zu begründen. Wir waren nicht wenig erstaunt, ein derartiges Urteil zu lesen. Auch dem Abg. Dertel ist doch bekannt, daß mehrere Blätter wegen ihrer Kritik zur Lebensmittelversorgung verboten, viele andere durch die Vorzensur an freien Äußerungen gehindert worden sind. Im übrigen meint Dr. Dertel, die Regierung tue doch bereits ihre Pflicht. Ähnlich schreibt auch die „Kölnische Volkszeitung“:

„Im Uebrigen könnte der Reichstag wohl Kritik üben an der Haltung des Reichsamts des Innern, an der verpäteten Inangriffnahme und Ausführung der Maßnahmen, an ihrer Halbsheit und Planlosigkeit, wie es von der Presse schon geschehen ist. Aber einmütige positive Angabe der maßgebenden Gesichtspunkte würde sich doch nur sehr schwer erzielen lassen. Alle Vollmachten zu praktischen Maßnahmen hat der Reichstag bereits bei seiner letzten Sitzung der Regierung übertragen.“

Es ist leider richtig, daß sich der Reichstag in blindem Vertrauen auf die Regierung vieler Rechte begeben hat; aber die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt werden hoffentlich bei den Reichstagsmitgliedern den Willen gestärkt haben, nicht alles der Regierung zu überlassen, sondern selbst einzugreifen. Da auch die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ die Maßnahmen der Regierung scharf kritisiert haben, entspringt ihr Widerstand gegen die sofortige Reichstags-einberufung wohl nur der Furcht, es könne auf der Reichstagstribüne der jetzigen Stimmung der Wassen zu lebhaft Ausdruck gegeben werden. Wir vermuten, auch der Regierungswiderstand erklärt sich hieraus, und man beabsichtigt, durch neue Verordnungen erst wieder eine gewisse Beruhigung der Geister zu schaffen.

Diese Abneigung gegen eine Kritik in öffentlicher Reichstags-sitzung spricht die „Deutsche Tageszeitung“ übrigens ganz offen aus, soweit die durch den Belagerungszustand und die Pressezensur gekennzeichnete politische Situation in Frage kommt. Auch wir würden es lieber sehen, wenn diese Kritik vermieden werden könnte. Aber die Erfahrung der vierzehn Kriegsmomente hat nun einmal leider gelehrt, daß ohne öffentliche Kritik die Missetände, die von allen Seiten zugegeben werden, nicht zu beseitigen sind. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ trotzdem diese notwendige Kritik nicht wünscht, dann ist das nur so erklärlich, daß sie trotz eigener böser Erfahrungen die Verhältnisse noch immer erträglich findet und jedenfalls nicht so sehr darunter leidet wie die sozialdemokratische Presse. Entweder ist die „Deutsche Tageszeitung“ der Meinung, daß „es nachgerade Zeit geworden ist, die Erörterungen gewisser Dinge frei zu geben“, und dann muß sie mit uns für diese For-

derung in allen ihren Konsequenzen energisch eintreten; oder sie fügt sich freiwillig in den gegenwärtigen Zustand und dann können ihre Wünsche nach Besserung nicht ernst genommen werden. Wir sind jedenfalls der Ueberzeugung, daß das Volk ein Recht darauf hat, als ein mündiges Volk behandelt zu werden, und daß daraus keinerlei Schaden, sondern nur Vorteile gerade mit Rücksicht auf das Ausland entspringen können.

Das tägliche Brot.

Regelung der Milch- und Schweinefleischpreise.

Der Bundesrat hat heute eine Verordnung über die Milchpreise und den Milchverbrauch erlassen. Danach sind Gemeinden berechtigt, Höchstpreise für Milch beim Verlaufe durch den Erzeuger, sowie im Groß- und Kleinhandel festzusetzen. Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sind zur Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel verpflichtet worden. Für die Festsetzung ist die Zustimmung der Landesgenossenschaft nötig. Der Reichskanzler kann allgemeine Anordnungen über die oberen Grenzen der Festsetzungen treffen. Den Gemeinden ist ferner die Pflicht auferlegt worden, die nötige Milch für die Versorgung von Kindern, Kranken und stütenden Müttern sicherzustellen. Sie können das durch Einrichtung eigener Verkaufsstellen, durch Vereinbarung mit Landwirten und Milchhändlern, durch Ausgabe von Bezugsberechtigungen (Milchkarten), durch Regelung des Milchverkaufs zu bestimmten Stunden oder sonst in geeigneter Weise tun.

Ferner hat der Bundesrat durch eine Verordnung die Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch geregelt, und zwar hat er hier die Höchstpreise auf den Hauptmärkten für Schlachtschweine festgesetzt und einen Höchstzuschlag für Schweinefleisch und frisches Fett bei der Abgabe an den Verbraucher festgelegt. Die Höchstpreise für Schlachtschweine betragen danach für Berlin auf 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Schweinen im Lebendgewicht unter 60 Kilogramm 70 Mark, von 60 bis 80 Kilogramm 85 Mark, von 80 bis 100 Kilogramm 100 Mark, bei Sauen 95 Mark; bei Schweinen mit höherem Schlachtgewicht ist eine entsprechend erhöhte Staffelung der Preise vorzusehen, um durch die zunehmende Spannung die Aufzucht des Fleischschweins zu begünstigen. Der Höchstpreis für das Pfund frischen Schweinefleisch wird in Berlin 1,40 Mark, für das Pfund frischen Fetts 1,80 Mark betragen. Da der Schlachtschweinepreis nach dem Lebendgewicht bestimmt werden mußte, so dürfen jetzt Schweine im allgemeinen nur nach Lebendgewicht gehandelt werden. Es sind weiterhin Bestimmungen getroffen, die den Behörden das Recht geben, den Markt und die Zufuhr frischen Schweinefleischs von außerhalb zu regeln sowie die vorhandenen Schweinebestände auf die Schlächter zu verteilen.

Endlich ist den Gemeinden das Recht gegeben, die Ueberlassung nach Marktschlacht unverkäuflich bleibende Schweine zu einem 5 Mark niedrigeren Preise als dem Höchstpreise zu verlangen.

Schlieflich hat der Bundesrat seine Verordnung vom 25. September 15 über Preisprüfungsstellen und Versorgungsregelung, soweit sie die Versorgungsregelung betrifft, erheblich erweitert. Während die bisherige Fassung den Behörden und Gemeinden Befugnisse zur Einwirkung nur gegenüber dem Handel und dem Gewerbe gab, steht ihnen diese Einwirkung nunmehr auf auf Erzeuger und Hersteller des notwendigen Lebensbedarfs — z. B. Molkereien — zu. Weiterhin gibt die Verordnung den einzelnen Regierungen die Möglichkeit, Erzeuger und Hersteller sowie Händler zwangsweise zu Versorgungsverbänden zusammenzuschließen. Danach können beispielsweise Landwirte eines größeren Gebietes zur Milch- und Fleischversorgung, Molkereien zur Butterversorgung einer Großstadt, Händler zur Kartoffelversorgung eines Industriegebietes zusammengeschlossen werden.

Woher kommt die Teuerung?

Die Kolonialwarengroßhandlung Hensel u. Haenert, Aktiengesellschaft in Halle, kann ihre Dividende von 6 auf 15 Proz. erhöhen.

In Wien wie anderswo: Am 14. Mai 1915 ersuchte die Gemeinde Wien die Regierung um Beschlagsnahme der von der Firma Stein in Kühlhäuser eingelagerten 48 000 Fasane für den Wiener Konsum. Am 12. Oktober wurde das Gesuch erledigt. In diesen fünf Monaten hat die Firma weit über 47 000 Fasane zu ihren Preisen verkauft. Jetzt lagern noch 800 Stüd.

Letzte Nachrichten.

Aus der Haft entlassen.

Stuttgart, 4. November. (L. U.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Westmeyer, der zwölf Wochen in Karlsruhe in Untersuchungshaft verbracht, ist gestern aus der Haft entlassen worden.

Angriffe auf die englische Regierung.

London, 4. November. (B. L. B.) Im Oberhaus hielt gestern Lord Willoughby de Broke eine Rede gegen die Regierung und den Premierminister. Später kam es zu einer Debatte über die Zensur. Lord Morley sprach als erster Redner gegen die Art, wie die Zensur gehandhabt werde.

Französische Niederlage in Mazedonien.

Belgrad, 4. November. (B. L. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Sofia: Nach sicheren amtlichen Mitteilungen sind die französischen Landungstruppen jetzt nordöstlich von Prilep von Bulgaren, die von Grabde und Regatin (Mazedonien) her angegriffen hatten, vernichtend geschlagen und teils zerstreut, teils gefangen genommen wurden. Die französischen Gefangenen sind schon in Küstendil angekommen.

Berhandlungen der Deutschen Reichseinkaufskommission mit der bulgarischen Regierung.

Sofia, 4. November. (L. U.) Die hier tätige Deutsche Reichseinkaufskommission steht in eifrigen Verhandlungen mit der Regierung, die bald einen günstigen Abschluß erreichen werden. Die Regierung wird von den großen bulgarischen Vorräten an Futtermitteln und Sälsenfrüchten beträchtliche Mengen abgeben.

Vom U-Bootskrieg.

London, 4. November. (B. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Lloyd berichtet aus Riddlesborough: Der englische Dampfer „Priatgate“ mit 264 Deutitonnen wurde versenkt. Fünf Mann von der Besatzung sind gefollet worden.

Bewerkschaftliches.

Wiederbelebung der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:
Ein Aufruf des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes an die angeschlossenen Berufsverbände und Arbeiterbörsen fordert die organisierte Arbeiterkraft auf, eine Reihe von Fragen, die die Arbeiterbewegung in hohem Maße betreffen, schon jetzt in Erwägung zu ziehen. Denn „das gewerkschaftliche Leben kann nicht stehen bleiben, nichts von dem, was gestern unsere Zukunftshoffnungen, unsere Erwartungen einer verbesserten Existenz darstellte, darf verschwinden.“ Darum ist eine erhöhte Tätigkeit für bestimmte Ziele notwendig. Sie ist auch das beste Mittel gegen die moralische Depression, die Ursache der Schwäche. Das Selbstvertrauen muß wieder erwachen.

Die vom Verbandsvorstand den Organisationen zur Prüfung unterbreiteten Fragen sind:

1. Die Ersatzleistung für die durch den Krieg verursachten Schäden.
„Wir sind der Meinung, daß das „Kapital-Arbeit“, dieses einzige Eigentum der Proletarier, von der Entschädigung nicht ausgeschlossen werden darf.“
2. Die Probleme der Reorganisation der Arbeit und die geeigneten Bedingungen einer fortschreitenden Entwicklung der französischen Industrie.
3. Die Frage der fremden Arbeiter.
Der Mangel an Arbeitskräften aus dem Inland wird sich nach den Menschenverlusten des Krieges noch stärker geltend machen. Daher ist der Appell an fremde Arbeitskräfte auf erweiterter Stufenleiter nötig. Schon hat die Werbearbeit im Ausland begonnen. Wenn es die Absicht der Gewerkschaften nicht sein kann, sich der Heranziehung von Ausländern zu widersetzen, so ist doch eine Reglementierung der Einwanderer nötig, die für die geltenden Löhne und das freie Funktionieren der Gewerkschaften Bürgschaften gibt. Die Arbeiterklasse, die bedeutende Opfer gebracht hat, muß das Recht bekommen, sich frei auf dem Boden ihrer Klasseninteressen zu organisieren, ohne daß das Unternehmertum ihr andere, unorganisierte Proletarier entgegenstellt, die durch ein völliges Fehlen von Freiheiten und Bürgschaften im Zaum gehalten werden. Die Einwanderer von fremden Arbeitern muß also unter Mitwirkung der Arbeiterkraft und unter Kontrolle der Staaten geregelt werden. „Die Einwanderer müssen nach Einvernehmen der Zentralorganismen der Arbeiterkraft der verschiedenen Länder, unter der Aufsicht und gegenseitigen Bürgschaft jedes Staates für seine Angehörigen rekrutiert und nach den Produktionsstätten gebracht werden. Eine Lösung der Einwanderungsfrage auf einer anderen Grundlage als der der Prinzipien des Internationalismus würde uns unbeachtet lassen und sich gegen uns richten.“
4. Die Frage der Lebensmittelsteuer, der Wohnungsmieten, der Kriegspensionen usw.
Die Einzelheiten dieses Programms mögen der Kritik unterworfen sein. Es ist z. B. schwer auszubedenken, welche Ersatzleistung für die durch die Arbeiter an ihrer Arbeitskraft erlittenen Kriegsschäden die Verfasser des Aufrufs von der Bourgeoisie und ihrem Staat erwarten. Das Wort vom „Kapital-Arbeit“ schmeckt noch stark nach Proudhonianischer Konfusion. Von großer Wichtigkeit ist indes die Ankündigung selbst, die Gewerkschaftsaktion schon jetzt, im Kriege, kräftig aufzunehmen und außerordentlich bedeutungsvoll ist die Betonung der Wiederaufnahme der Beziehungen mit den Organismen der Gewerkschaftsinternationalen. Auch sonst zeigt der Aufruf, daß die

französische Gewerkschaftsbewegung an Tiefe und Klarheit zunimmt und daß sie — z. B. in der Forderung der Staatskontrolle über die Einwanderung — ebenso über den dogmatischen Anarchismus hinaus fortgeschritten ist, der einmal eine Rolle in ihr gespielt hat, wie sie trotz des Krieges und der täglichen nationalistischen Preßhege jedes Wort der Gehässigkeit oder der Leidenschaft, ja auch nur des Vorwurfs gegen die Genossen des Auslandes vermeidet. Man hat bis in die letzte Zeit so manche irreführenden Artikel und Reden gelesen, die glauben machen konnten, daß die französische Arbeiterkraft vom patriotischen Rausch völlig ergriffen sei und an nichts denke, als Tag und Nacht unter dem Segen des Burgfriedens Kononen und Munition zum Vernichtungswerk zu produzieren, und nun kommt dieser Aufruf zur rechten Zeit, um die im Ausland gegen die französischen Arbeiter lautgewordenen Beschuldigungen ebenso zu widerlegen wie Lobspprüche der vom Kriegesfieber die ergriffenen Minister.

Deutsches Reich.

Polizeimaßnahmen gegen Gewerkschaftsvertreter.

Mitglieder des Bauarbeiterverbandes und des Zimmererverbandes, die bei der Firma Helf u. Heinemann in Köln beschäftigt sind, veranstalteten am 19. Oktober eine sogenannte Baubersprechung, zu der nur die bei der betreffenden Firma tätigen Mitglieder der beiden Gewerkschaften eingeladen und erschienen waren. In dieser Versammlung sollten zwei Gewerkschaftsangehörige Bericht über die Frage der Steuerzulage erstatten. Als die beiden Vertreter der Gewerkschaften das Lokal betraten, wurde ihnen von dem überwachenden Polizeiwachmeister erklärt, die Gewerkschaftsvertreter dürften ohne eine besondere Genehmigung an der Versammlung nicht teilnehmen. Die Versammlung konnte infolgedessen nicht abgehalten werden. Auf eine Beschwerde der beiden Gewerkschaftsangehörigen an den Kölner Polizeipräsidenten erfolgte diese Antwort:

Da sich die Teilnahme an der Versammlung am 18. d. Mts. nicht lediglich auf die Arbeiter der Firma Helf u. Heinemann beschränkte, so war die Versammlung öffentlich und unterlag der Genehmigung des königlichen Gouvernements. Eine solche war nicht erteilt und konnte daher die Beteiligung anderer Personen als der fraglichen Arbeiter nicht gebildet werden.

Außerdem entpfaß das Versammlungslokal nicht den für öffentliche Versammlungsräume bestehenden Vorschriften.

Erinnert schon der letzte Abtats dieses polizeilichen Schreibens sehr an die Art, die vor dem Kriege gegen die Arbeiterbewegung beliebt war, so geht das polizeiliche Einschreiten selbst weit über das vor dem Kriege Erlebte hinaus. Die Folge des von der Kölner Polizei vertretenen Standpunktes wäre, daß künftig Gewerkschaftsangehörige, wenn sie pflichtgemäß auf Verlangen der Mitglieder an einer Zusammenkunft von einem halben Duzend Gewerkschaftern teilnehmen müssen, immer erst die Genehmigung durch das Gouvernement nachzusuchen hätten. Denn durch die Teilnahme von zwei Gewerkschaftsvertretern würde die Versammlung „öffentlich“. Von den neuen Bahnen, die in der Behandlung der Gewerkschaften eingeschlagen werden sollen, erkennt man in diesem Vorgehen nichts.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Sächsishe Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann A.-G. in Chemnitz erzielte einen Rohgewinn von 1,96 Mill. Mark (i. V. 1,82 Mill. M.). Aus dem Reingewinn von 1,67 Mill. Mark (i. V. 0,84 Mill. M.) wird eine Dividende von 7 Proz. verteilt (i. V. 0 Proz.).

Die Deutsche Sprengstoff A.-G. berechnet einen Ueberschuß von 351 770 M. (gegen 259 406 M.). Die Dividende wird von 20 auf 24 Proz. erhöht. Dem Geschäftsbericht zufolge wurden beide

Fabriken von Anfang August ab fast ausschließlich für die Auslieferung bedeutender Heeresaufträge in Anspruch genommen, zu welchem Zweck umfangreiche Erweiterungen der Fabrikationsanlagen unter Anwendung großer Mittel notwendig wurden.

Der Waren-Kommissions-Bank in Hamburg verbleibt nach erhöhten Abschreibungen ein Ueberschuß von 584 158 M., der den des Vorjahres (45 923 M.) um das Fünffache übersteigt. Nach erhöhten Abschreibungen werden 35 Proz. Dividende verteilt (gegen 4 Proz. i. V.). Die Tantiemen betragen 102 990 M. (gegen 725 M. i. V.).

Die A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmateriale in Görlitz erhöhte ihre Dividende von 8 auf 9 Proz.

„Beschlagnahmefreies“ Garn.

Im Handel wird neuerdings vielfach sogenanntes „Beschlagnahmefreies“ Baumwollgarn angeboten. Bei den Webereien herrscht die Auffassung, daß dieses Garn zu beliebigen Baumwoll-Web- und -Strickwaren verarbeitet werden dürfe.

Diese Meinung beruht auf einer mißverständlichen Auffassung der verschiedenen Verordnungen der Militärbehörden.

Beschlagnahme ist gemäß § 7 der Bekanntmachung betreffend Veräußerung, Verarbeitung und Beschlagnahme von Baumwolle usw. (W II 2849/7. 15. K. R. A.) das Garn, das nach dem 14. August 1915 geponnen worden ist. Es darf von der Spinnerei nur gegen den vorgeschriebenen amtlichen Belegschein 8 oder auf Grund einer ausdrücklichen Freigabeerklärung der Kriegs-Rohstoffabteilung veräußert werden.

Früher geponnemes Garn ist „Beschlagnahmefrei“. Seiner Veräußerung steht also nichts im Wege. Dagegen darf keine Verarbeitung nur in dem Rahmen erfolgen, in dem das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe (W II 1293/6. 15. K. R. A.) und die auf Grund des Paragraphen 3 dieser Bekanntmachung erlassenen allgemeinen Ausnahmebewilligungen sie gehalten. Zur beliebigen Verarbeitung frei ist hiernach lediglich das Garn, das nach dem 15. Juni 1915 aus dem Auslande eingeführt oder das aus Baumwolle geponnen ist, die nach dem 15. Juni 1915 aus dem Auslande eingeführt wurde. Ferner ist zur beliebigen Verarbeitung frei Abfallgarn, Garn in den Nummern von Nr. 60 englisch an aufwärts und endlich Garn, das bei Erlass der Herstellungsverbote bei der verarbeitenden Firma bereits vorrätig war oder vor dem 12. Juli 1915 auf Grund älterer Abschlüsse an sie abgehandelt ist.

Diese letztere Ausnahme soll jedoch den Webereien nur das Aufarbeiten ihrer eigenen Bestände ermöglichen. Werden also derartige Garne weiter veräußert, so ist der Käufer zu ihrer Verarbeitung nicht befugt.

Kapitalverdoppelung der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland. Die Verwaltung beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 8. Dezember d. J. zwecks Erhöhung des Aktienkapitals von 10 auf 20 Millionen Mark.

Der Heeresbedarf an landwirtschaftlichen Produkten

ist naturgemäß außerordentlich groß; allein die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresversorgung hat seit ihrer Errichtung bis Ende September folgende Abchlüsse vermittelt:

Roggen	695 069	Tonnen
Weizen	102 890	„
Roggenmehl	89 968	„
Weizenmehl	7 447	„
Hafers	1 705 226	„
Berste	13 423	„
Heu	17 041	„
Stroh	11 080	„
Mengelforn aus Hafers und Berste	8 000	„
Rinder (Schlachtwieh)	290 496	Stück
Schweine	894 537	„
Gammel	318 104	„
Magervieh	80 000	„

Wie schon bei den letzten Zugängen, wird vermutlich auch diesmal wieder eine eingehende Denkschrift über die Tätigkeit der Zentralstelle dem Reichstag unterbreitet werden.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Judith.
Sonnabend: Maria Stuart.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Der Liebestrank.
Sonnabend: Der Vater.
Volksbühne Theater a. Bülowlpl.
8 Uhr: Der Sturm.
Sonnabend u. Sonntag: Der Sturm.
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Hedda Gabler.
Komödienhaus.
8 Uhr: Rausch.
Berliner Theater.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die Dardanellen, Konstantinopel und der Bosphorus.
Possen-Theater
8 1/2 (Folies Caprice) 8 1/2
freund Loewe
Seine Tante
mit Haskel und Berisch.

Metropol-Theater
8 Uhr:
Die Kaiserin
(Maria Theresia).
Gr. Operette in 3 Akten v. J. Drammer u. Wfr. Grünwald. Musik v. Leo Fall.
In Szene geht mit Direktor Richard Schult.
Fritzi Massary Molly Wessely
Albert Kutner Rolf Brunner
Rosa Valetti Josef Ludi a. G. etc.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Vogt
Telef.: Lützow 2541
Ein unerreichtes Programm!!
Jessens
die größten Equilibristik-Wunder der Welt!!!
Paul Jülich
mit seinen Rekruten!
Klara Berat
phänomen. Licht- u. Pflanzentänze.
2 Birkeneders
Drahtseilkünstler.
Otto Barra-Troppe
größter komischer Instrumental-Akt.
Gussy Holl
Schneider-Duncker
Cläre Waldoff
u. weitere Kunstkräfte!

Kreus-Busch
Tägl. 8. Sonnt. 3 1/2, u. 8 Uhr:
Der Vulkanmensch?
und die übrigen Schlager des reichhalt. Programms.
10 Uhr: **Michel**
u. a. „Germanias Sieg“.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die von der Emde
Ein Natrosenbild von Reibel für Militärpersonen vollständig. Freier Zutritt zu b. Stett. Sängern. Anfang 8 Uhr.

Theater für Freitag, den 5. November.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Der Troubadour.
Gehr. **Herrnfeld**-Theater
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip
Kleines Theater.
8 Uhr: Ein kostbares Leben.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein
Sonntag 3 1/2: Gold gab ich für Eisen.
Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr: Die selbige Exzellenz.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Don Juan.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha.
Rose-Theater.
8 Uhr: Des Vaters Schuld.
Sonnabend 4 Uhr: Afschenbrödel.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Der Hüttenbesitzer
Sonnabend: Vohengrin.
Lustspielhaus.
8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: Ein Tag im Paradies.
Residenz-Theater
8 1/2 U.: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Mein Leopold.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Jugend.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorflpl.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Dollarsprinzessin
Theater des Westens
8 Uhr: Der künstliche Mensch.
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: Bodos Brautschau

WINTERGARTEN
Der neue Spielplan!

Palast Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2, u. 8 Uhr.
Otto Reutter
mit der **Ballade**
von der **Marmelade**
u. seinen übr. Nov.-Neuheiten.
Dazu d. hochorig. Nov.-Prog.

Casino-Theater
Vorbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Untergrundbahn. Schönhauser Tor.
Trotz des großen Erfolges!
Nur noch kurze Zeit!
Familie Schnaje.
Seit August auf dem Spielplan.
Sonnt. 4 Uhr: Der liebe Fridolin.
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Freitag, den 5. November:
Dorn's Resi.
Sonnt. 3 U.: Die Bettlerin u. ihr Kind.
Ab Montag aus Anlaß des Geburtstages v. Schiffer: Die Klüber.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert**
zum Besten der Beschaffung von Liebesgaben für Angehörige des Grenadier-Regts. Prinz Karl v. Preußen (2. Brandenburgisches) Nr. 12, unter gütiger Mitwirkung von: Frä. Elsa Laube, Opernsängerin, Frä. Therese Funck, Konzertsängerin; am Flügel: Frau v. Euckevort geb. v. Amann; Herr Joh. Th. Hickendorf, Konzertsänger, und des Kriegschors 1914, Musikdirektor: Karl Nipkow.
Berliner Konzerthaus-Orchester, Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Kartenververk. i. Berl. Konzerthaus, den Theaterk. v. A. Wertheim, in den mit Plakaten belegt. Handlungen, in der Geschäftsstelle des Ausschusses, NO 55, Heinersdorfer Str. 30. Alle Vorgünst. aufgehob.

Gewerkschaftshaus
Sonnabendabend, den 6. Novbr. 1915, im großen Saale, Anfang 7 Uhr:
ein einmaliges Gastspiel der
Kapelle des 4. Garderegiments
in Uniform, circa 40 Mann
unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten.
Um 10 Uhr: **Großer Zapfenstreich.**
Benagatische Beleuchtung.
Programm 0.30 Uhr.
Der Ueberschuß ist bestimmt zum Besten der Weihnachtsbescherung für Kriegskinder.
(Inhaber im Felde.)
Von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M. Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarde enorme billig. Riesenposten Kostüme, Ulster und Plüschmäntel, auf Seide, enorm billig. Große Posten Pelzstolien in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Damen-, Reiso- und Wagen-Pelzen. Extraangebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
Conc. Leihhaus
Berantw. Redakteur: Alfred Scholz, Reutöan. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Politische Uebersicht.

Keine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente.

Eine offizielle W. L. V.-Notiz meldet: Nach dem Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat für die bevorstehende Tagung des Reichstages diesem die geglätteten Vorarbeiten über die Altersrente zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Altersgrenze des 70. Lebensjahres des Versicherten für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt werden soll. In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat beschlossen, diese Herabsetzung der Altersgrenze in der Vorlage für den Reichstag zurzeit nicht zu empfehlen. Die Herabsetzung der Altersgrenze würde, wie in einer versicherungstechnischen Denkschrift nachgewiesen wird, eine Erhöhung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung notwendig machen und eine Mehrbelastung des Reiches mit Reichszuschuss zur Folge haben. Beides kann im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet werden.

Die Gründe für die Ablehnung der Forderung, die Altersgrenze endlich von 70 auf mindestens 65 Jahre herabzusetzen, sind keineswegs zutreffende. Schon bei Herabsetzung der Reichsversicherungsordnung wäre eine Herabsetzung ohne Beitrags-erhöhung möglich gewesen. Die von der Regierung dagegen angeführte Rechnung hat sich durch die Praxis ebenso wie die für die sogenannte Witwen- und Waisenversicherung aufgestellte Rechnung als völlig unzutreffend erwiesen. Das ist im Reichstag insbesondere vom Abgeordneten Genossen Mollen- buhr an der Hand der inzwischen gezahlten tatsächlichen Leistungen einwandfrei nachgewiesen. Öffentlich wird der Reichstag die Herabsetzung der Altersgrenze verlangen.

Die Kriegsziele des Zentrums.

Nach mehr als 8 Tagen veröffentlicht Wolffs Telegraphen- Bureau die ihm sofort übergebene Resolution des Zentrums zur Kriegszielefrage in folgender Form:

Wie aus Frankfurt am Main gemeldet wird, hat der Reichsausschuh der Zentrumspartei bei seiner hiesigen Tagung folgenden Beschlus gefaßt:

Die Weltaufgabe, die der Nichtigkeit und dem Fleiß des deutschen Volkes gefehlt ist, fordert volle Bewegungsfreiheit seiner schaffenden Kräfte in der Heimat, auf dem freien Meer und über See. Die äußere Bedingung für eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Volkes ist, wie die Erfahrungen des Weltkrieges klar gezeigt haben, eine erhöhte Sicherheit gegen die militärischen und wirtschaftlichen Vernichtungspläne der Feinde. Die furchtbaren Opfer, die der Krieg unserm Volke auferlegt, rufen nach einem verstärkten Schutze unseres Landes im Osten und Westen, der den Feinden verleiht, uns wieder zu überfallen, und der die volkswirtschaftliche Versorgung unserer wachsenden Bevölkerung dauernd gefährdet. Zu dieser erhöhten Sicherung unseres Reiches muß eine solche unserer verbündeten Staaten treten.

Neben dem Schutze der äußeren Güter erhoffen wir aber zur Begründung des Glücks unseres teuren Vaterlandes noch die sorgsame Pflege der sittlichreligiösen Volkskräfte, weil sie die Ursache der wahren Größe Deutschlands und das Mittel göttlicher Führung zu all den wunderbaren Erfolgen deutscher Großtaten sind.

Was Deutschlands Fürsten und Bürger, Heer und Flotte, die Männer auf dem Schlachtfeld und im Schlingengraben, auf den Kriegsschiffen und unter der See und in der Luft, sowie was die Männer und Frauen der Arbeit bisher geleistet haben, erfüllt uns mit dem Gefühl unaussprechlichen Dankes und der hohen Zuversicht, daß es mit Gottes Gnade gelingen wird, den Endsieg zu erringen für Deutschlands Wohl und Ehre.

„Während des Krieges“.

Im Organ des hannoverschen Kriegervereins wird folgender Erlas des preussischen Ministers v. Loebell mitgeteilt:

„Was den hannoverschen Kriegerverein (Militärverein für Niederachsen) anbelangt, so habe ich dafür Sorge zu tragen, daß die von Eurer Hochwohlgeboren hervorgehobenen Verschiedenheiten in dem Verhalten der Behörden gegenüber den einzelnen Ortsgruppen dieses Vereins beseitigt werden. Als Grundfatz wird festgehalten werden, daß während des Krieges die Behörden gegenüber allen Vereinen, deren Tätigkeit mit den vaterländischen Interessen nicht in Widerspruch steht, gleichmäßig verfahren.“

Herr v. Loebell, der, wie der von uns veröffentlichte Presse-Erlas zeigt, bereits eifrig für die Zeit nach dem Kriege die öffentliche Meinung zu beeinflussen sucht, scheint in jeder Weise für die Zukunft vorzubauen. Schon jetzt hält er ängstlich darauf, das Versprechen gleichartiger Behandlung von Kriegervereinen nur für die Dauer des Krieges abzugeben. Nach dem Kriege hat es wohl, soweit Herr v. Loebell in Frage kommt, auch nach außen hin mit der „Neuorientierung“ ein Ende.

Kein Strafverfahren gegen den Bund „Neues Vaterland“.

Wie von dem Bund „Neues Vaterland“ mitgeteilt wird, ist die Mitte September von der „Rhein.-Westf. Zeitung“ in die Welt gekommene Nachricht, gegen den Bund „Neues Vaterland“ sei wegen Landverrats ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, falsch. Der Bund habe sofort festgestellt, daß weder dem Vorstand noch der Geschäftsleitung von einem solchen Ermittlungsverfahren das geringste bekannt geworden sei. Nun hat die „Rhein.-Westf. Zeitung“ neuerdings in einem Artikel der „Anti-Dorlog-Road auf dem Gimpel- fang“ behauptet, daß sich gerade jetzt das Berliner Polizeipräsidium mit dem Bund „Neues Vaterland“ wegen Landverrats beschäftige. Auch davon weiß der Bund nichts. Aus den Kreisen des Bundes ist bisher niemand deswegen vernommen worden. Der Bund weist im übrigen die Denunziationsversuche der „Rhein.-Westf. Zeitung“ zurück und sagt, seine Leiter wissen besser, als die Leute, die sich aus der Verbreitung der gegen ihn gerichteten Verleumdungen ein Geschäft machen, was sie ihrem Lande schuldig seien.

Rücktritt des Admirals v. Capelle.

Necht überraschend kommt die Meldung, daß der Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt, Admiral v. Capelle, aus seinem Amte geschieden ist. Der Admiral war der Stellvertreter des Staatssekretärs v. Tirpitz. Als Grund für sein Ausscheiden wird Krankheit angegeben.

Die Zukunft der Reichslande.

Ueber die Zukunft der Reichslande schreibt der Landtags- Abgeordnete Herr v. Redlich und Reulich in der „Post“: „In einem interessanten Aussaße über Angliederung und Expansion erklärt Professor Kohler, daß die Bismarckische Politik gegenüber Elsaß-Lothringen verfehlt gewesen sei. Man hätte das eroberte Gebiet einfach teilen und die einzelnen Bruchstücke deutschen Bundesstaaten zuweisen sollen; man hat dies nicht getan. Demgegenüber mag daran erinnert werden, daß zunächst allerdings daran gedacht worden ist, Elsaß-Lothringen an deutsche Bundesstaaten aufzuteilen, insbesondere sollte Elsaß mit Baden zu einem größeren alemannischen Reiche vereinigt werden. Dieser Plan ist aber, soweit bekannt, damals an der Forderung Bayerns gescheitert, das zum Ausgleich die päpstlichen Teile Badens, insbesondere Heidelberg und Mannheim, wieder mit der bayerischen Pfalz vereinigen wollte. Darauf konnte und wollte der Großherzog von Baden natürlich nicht eingehen, und ist der erste Plan aufgegeben und Elsaß-Lothringen zum Reichsland erklärt worden. Im Hinblick auf die gerade jetzt wieder brennende Frage der Gestaltung Elsaß-Lothringens mag es gut sein, sich daran zu erinnern, daß damals der Plan der Aufteilung der Reichslande an verschiedene Bundesstaaten an einer politischen Schwierigkeit gescheitert ist. Aber auch als die von Frankreich gewonnenen Landesteile zum Reichsland erklärt worden waren wurden sie zunächst lediglich als Provinz des großen deutschen Staatswesens behandelt. Die Zentralverwaltung war in Berlin mit dem Reichs- kanzleramt vereinigt, in Straßburg waltete ein preussischer Oberpräsident alten guten Schloßes und regierte die neugewonnenen Landesteile nach der bewährten Ueberlieferung guter preussischer Verwaltung. In den ungefähr acht Jahren dieser Sachbehandlung ist für die innere Verämelung des Reichslandes mit Deutsch- land sehr viel Erprobliches geschehen und es ist, soweit man jetzt in der Lage ist mit Sicherheit zu urteilen, als bestimmt anzunehmen, daß, wenn man auf dieser Bahn folgerichtig fortgeschritten wäre, die Verämelung des Reichslandes mit Deutschland bei Beginn des großen Krieges längst vollständig sich vollzogen hätte. Die Fehler begannen in der Hauptache erst mit der elsass-lothringischen Verfassung von 1879, der Verlegung des Ministeriums nach Straßburg und der Errichtung der Statthaltertschaft. Das war der erste Schritt auf der abschüssigen Bahn, die schließlich zu der längsten elsass-lothringischen Verfassung führte, die jetzt wohl allgemein als ein schlimmer Fleckpunkt erkannt ist. Wenn man in bezug auf die Abordnung der Dinge in Elsaß-Lothringen daher die Zeit Bismarcks sich wieder ins Leben ruft, so wird man nicht an die Gestaltung der Dinge nach 1879, sondern zweckmäßig an die ersten Jahre erfolgreicher Verwaltung in Elsaß-Lothringen anzuknüpfen haben.“

Bruch des Burgfriedens.

Wie in vielen Orten Deutschlands hatten auch unsere Genossen in Eberswalde mit den übrigen Parteien Vereinbarungen zur Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl getroffen. Da in Eberswalde die in den großen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter eine gewisse Rolle spielen, nahmen an diesen Abmachungen, neben den Vertretern aller Parteien, auch zwei Vertreter der königlichen Eisenbahnwerkstatt teil. Auch sie unterzeichneten das Protokoll der Vereinbarung als bindend, nach dem unseren Genossen ihr Besitzstand ungeschmälert erhalten und ein Bezirk den Eisenbahnwerkstätten zur Besetzung für ihren Kandidaten freigegeben wurde. Zu großem Ersauern der übrigen an der Abmachung Beteiligten stellten jedoch die Eisenbahner gegen unsere Genossen Gegenkandidaten auf und forder in öffentlichen Inseraten zu deren Wahl auf. Ob hierbei ein besonderer Druck irgendeiner Behörde mitgespielt hat, entzieht sich jetzt noch unserer Kenntnis. Jedenfalls ist die Erbitterung auch in bürgerlichen Kreisen Eberswaldes über diesen Bruch eingegangener Abmachungen derart, daß eine Klarstellung darüber, wo die treibenden Kräfte bei diesem Spiel sitzen, dringend erforderlich erscheint.

Sozialdemokratische Anträge im sächsischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags beschäftigte sich in einer mehrstündigen Sitzung mit der Frage, welche Anträge sie in dem in einigen Tagen zusammentretenden Landtag einbringen will. Sie beschloß nach eingehender Beratung, folgende Anträge zu stellen: Aufhebung der Preissenzenur und des Belagerungszustandes; Forderung von Maßnahmen gegen die Teuerung; die einzelnen Forderungen sind in neun einzelnen Punkten eingehend formuliert; Sorge für Kriegsoffer, Erwerbslosen- fürsorge; die Gemeinden haben entsprechende und zwar dauernde Einrichtungen zu treffen, Reich und Staat haben die Mittel zur Verfügung zu stellen, es sind Zweckverbände zu bilden, Verschonung von Staats- und Gemeindearbeiten mit tarifmäßigen oder in den Verulen ortsfälligen Löhnen, Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, Schaffung von Arbeitslosenfürsorge durch das Reich; Verbesserung der Kriegs- fürsorge; Erhöhung der Familienunterstützung und der Armenunterstützung, der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten; Teuerungszulagen für alle Staatsarbeiter und Beamten mit Einkommen bis zu 3000 M., nach unten steigend und unter Berücksichtigung der Kinderzahl; Reichsteuern: Vesteiligung aller indirekten Lebensmittelfteuern und Abgaben, Haupt- steuerquellen in Steuern und Vermögen mit harter Progression nach oben, besondere Besteuerung der Kriegsgewinne; Reform der Landessteuern: Vereinfachung der kleinen Einkommen bis zur vierten Steuerstufe, stärkere Progression der Steuer auf Einkommen von 6000 M. an, Ausbau der Ergänzungssteuer zu einer Vermögenssteuer auf alle Vermögen von 10000 M. an, Wegfall der indirekten Steuern, Erhebung der Grundsteuer nach dem sogenannten gemeinen Werte; Einführung des geheimen, allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu Landtag, Gemeinde, Bezirks- und Kreisvertretung für alle Reichsangehörigen; Gewährung des unbefrängten Koalitionsrechtes für alle Staatsarbeiter und Bedienstete, Einführung eines Knappschäfts- Gesetzes für das Reich, Schaffung von Knapp- schäftsvereinen.

An die Spitze aller dieser Anträge ist ausdrücklich die Forderung nach Beseitigung der Preissenzenur und des Belagerungszustandes, das energische Verlangen nach Vereins- und Versammlungsfreiheit gestellt. Ueber weitere Anträge wird sich die Fraktion später noch schlüssig werden. Als Redner zur allgemeinen Vorberatung des Etats wurden die Abg. Frähdorf, Lange und Fleißner bestimmt. Die Eratsberatungen, die Gelegenheit zu einer Erbiterung der allgemeinen politischen Lage bieten, dürften wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des November stattfinden.

Verbotene Versammlung.

Zu Mittwochabend wollte der Ausschuh für Konsumenteninteressen in Leipzig eine Versammlung nach dem Kristallpalast einberufen, die sich mit der Preissteigerung beschäftigen sollte. Diese Versammlung ist nun von der Polizei verboten worden, weil sich an die Zentraltheaterversammlung am letzten Sonntag eine Demonstration angeschlossen habe. Das Ministerium des Innern, dessen Entscheidung angezweifelt worden sei, habe nach Lage der Umstände Bedenken getragen, dem Versammlungsverbot des Polizei- amtes entgegenzutreten.

Ein neuer Gesandter Persiens in Berlin.

Der bisherige persische Gesandte Gohannus Khan ist für eine anderweite diplomatische Verwendung in Aussicht genommen und an seine Stelle Hussein Kuli Khan Rawab zum Gesandten in Berlin ernannt worden. Der neue Gesandte, der in Berlin bereits eingetroffen ist, war längere Zeit persischer Minister des Aeußern.

Eine Nachwahl in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Am 28. Oktober fand im 9. Bezirk von Amsterdam, dessen parlamentarischer Vertreter Genosse Bliegen wegen seiner Ueberbärdung durch sein Amsterdamer Schöffennamt zurückgetreten war, die Nachwahl statt. Es standen einander drei Kandidaten gegenüber: Genosse Van den Tempel, Sekretär des Verbandes niederländischer Fachvereine, und der Antirevolutionär De Vlugt sowie das Mitglied der sozialdemokratischen Partei Wijnkoop. Für Van den Tempel traten nur die bürgerlichen Fortschrittsparteien ein, De Vlugt war der Kandidat der ganzen reaktionären Koalition. Von 24 967 gingen nur 13 489 zur Urne. Gewählt wurde Genosse Van den Tempel mit 7121 Stimmen. De Vlugt bekam 5867, Wijnkoop bekam 421 Stimmen, die hauptsächlich von den Syndikalisten herrühren.

Zu den Stadtverordnetenwahlen

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist im Juni dieses Jahres von den städtischen Körperschaften ein städtisches Gesundheitsamt mit weitgehenden Aufgaben und Befugnissen beschlossen worden. Damit ist eine Forderung erfüllt, die seit Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellt und erhoben wurde. Zum ersten Male hatte die sozialdemo- kratische Fraktion die Schaffung eines städtischen Gesundheitsamtes zu Beginn des Jahres 1893 gefordert. Damals wurde mit 66 gegen 23 Stimmen über den Antrag zur Tages- ordnung übergegangen. Das hinderte aber die sozialdemo- kratische Fraktion nicht, immer von neuem die Forderung zu erheben bis zu ihrer endlichen Verwirklichung. Das Jahr 1915 brachte unsere Genossen ans Ziel.

Auch der Schutz der Wöchnerinnen ist durch besondere Beschlüsse der städtischen Krankenhausdeputation im Oktober 1915 auf Antrag unserer Genossen vermehrt worden. Immer aber war bei allen Maßnahmen der Gesichtspunkt vorherrschend, daß wohl schnelle tatkräftige Hilfe ein wesentlicher Faktor zur Befundung der Bevölkerung sein müsse, daß aber weit besser solche Maßnahmen seien, die vorbeugend wirken. Das soll jetzt bei Bekämpfung der Diphtherie besonders maßgebend sein durch die Anstellung von Fürsorgefachweibern. Auch ausreichende sachgemäße ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien ist von unseren Genossen verlangt worden. Man dürfe diese Familien nicht lediglich auf die Inanspruchnahme des Armen- arztes verlassen, sondern man müsse unter allen Umständen den Arzt des Vertrauens den Kriegerfamilien zur unentgelt- lichen Verfügung stellen.

Die ganze Kriegszeit hindurch war die ausreichende Sorge für die Familien der zum Meeresdienst einberufenen Krieger und die Hilfe für die durch den Krieg in Not Geratenen eine Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion im Rathaus. Diese Tätigkeit unserer Genossen ist zwar äußerlich kaum in die Erscheinung getreten; sie war wenig geräuschvoll, aber nicht desto weniger intensiv. Zahlreiche Unterstützungsfragen sind in Kommissionen, Ausschüssen und durch andere Besprechungen und Vereinbarungen zustande gekommen, wobei offen anerkannt werden soll, daß gerade in Berlin bei den übrigen Gruppen der Versammlung volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen bewiesen wurde. Und würde in einzelnen Unterstützungskommissionen bei Bemessung der Unterstützungen weniger feinsinnig und eng- herzig verfahren werden, sondern mit der Weitherzigkeit, wie sie eigentlich sein soll, würde auch auf diesem Gebiete manches besser sein. Wiederholt hat sich die sozialdemokratische Fraktion gegen die Kleinlichkeit und Spinnstuhlferei einzelner Kom- missionen mit aller Deutlichkeit gewendet; sie ist auch im Rathaus für eine ausreichende Sicherung der Wohnungs- möglichkeit durch eine angemessene Mietshilfe eingetreten. Es wird auch weiter die Aufgabe unserer Genossen sein, mit aller Entschiedenheit der heute herrschenden Willkür auf dem Gebiete der Kriegsunterstützung ein Ende zu machen; durch Festlegung allgemeiner Grundsätze, an die sich die Kom- missionen zu halten haben.

Auch auf anderen Gebieten der Kriegs- fürsorge haben unsere Genossen ihre ganzen Kräfte eingesetzt, um der not- leidenden Bevölkerung Hilfe zu bringen, und auch hier ge- schah das ohne Inanspruchnahme der breiteren Öffentlichkeit. Eine der Hauptaufgaben bildete die Versorgung der Bevölke- rung mit den notwendigen Lebensmitteln. Bei Ausbruch des Krieges stand die Gemeinde vor neuen schweren Aufgaben. So ziemlich alle vom Reich beschlossenen Gesetze und Verordnungen wurden den Gemeinden zur Aus- führung überwiesen und wäre der Gemeininn durch die der Gemeinde zustehende, leider sehr beengte Selbstverwaltung nicht genügend entwickelt gewesen, so wäre die Durchführung der zahlreichen Kriegsverordnungen zu einer Unmöglichkeit geworden. Aber die Kriegssituation ließ schwere Aufgaben leichter bewältigen. Es zeigte sich in dieser Zeit, wie be- gründet die in Friedenszeiten aufgestellte sozialdemokratische Forderung war, daß es Sache der Gemeinde sei, eine groß- zügige Lebensmittelversorgung in die Hand zu nehmen.

Immer aber wurde diese Forderung im Rathaus aufs schärfste bekämpft, selbst die Ergebnisse der städtischen Güter- verwaltung sollten in die Hände von Privatpersonen gelegt und nicht selbständig verwertet werden. Der Krieg hat der Gemeinde, weil sie ohne große Erfahrung und unvorbereitet an diese Aufgaben herangehen mußte, viel Lehrgeld gekostet; hoffentlich ist dieses Lehrgeld nicht umsonst gebracht und trägt dazu bei, auch in Friedenszeiten die sozialdemokratischen An- träge in die Wirklichkeit umzusetzen.

Möglichst umfangreiche Eigenproduktion der Gemeinde an Fleisch, Gemüse und anderen notwendigen Lebensmitteln in Verbindung mit Selbstbeschaffung und direkter Abgabe an die Bevölkerung muß zu den ersten Aufgaben einer weisen Gemeindeverwaltung zu hören.

Die große Kartoffelnot im Februar dieses Jahres ver- anlaßte die sozialdemokratische Fraktion zur Einbringung einer Interpellation, die in der Sitzung am 4. März verhandelt wurde und im September interpellierten unsere Genossen den Magistrat wegen der außerordentlichen Teuerung und

ersuchten ihn, einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben zur Erreichung von Linderungsmaßnahmen in der Teuerungssache. Es hieß die Geschichte der städtischen Verwaltung schreiben, wollten wir im einzelnen aufzählen, welche Arbeit die sozialdemokratische Fraktion im Rathaus ausgeübt hat.

Wir wollen uns an den einzelnen Beispielen genügen lassen. Sie zeigen auf klarste, in welcher Weise die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung von unseren Genossen vertreten worden sind und daß in zahlreichen Fällen infolge Ausdauer und Energie manches Ziel erreicht worden ist, das früher unerreicht schien. Sie nötigen die Erkenntnis auf, daß die städtische Verwaltung gar nicht denkbar ist, ohne die tatkräftige Mitwirkung der Sozialdemokratie und sie zwingen die Wählerschaft der 3. Abteilung, am 7. November die Kandidaten der Sozialdemokratie mit großer Stimmenmehrheit von neuem in das Rote Haus in der Königsstraße zu wählen.

Stadtverordnetenversammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 4. November 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Ansprache an den Vorsitzenden, in der er ihm namens sämtlicher Mitglieder der Versammlung im Anschluß an die Feier seines 80. Geburtstages die Versicherung der treuesten Anhänglichkeit und verehrungsvoller Hochachtung ausspricht und den Wunsch hinzufügt, daß der Geehrte noch lange in gleicher Rüstigkeit und Kraft des Körpers und Geistes seines Amtes walten möge.

Vorsitzer Mischelet spricht nochmals seinen Dank für die ihm gewordenen Ehrungen aus, erneuert das Gelöbniß, der bleiben zu wollen, der er bisher gewesen, und nimmt dann seinen blumenbesetzten Sitz auf der Vorstandesstraße ein.

Die Vorlage wegen Durchführung besonderer Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung der Diphtherie war am 14. Oktober an den Ausschuss zurückerwiesen worden. Dieser hat in erneuter Beratung an seinen früheren Beschlüssen auch bezüglich der Erleichterung der Krankenhausaufnahme als einer dauernden Maßregel festgehalten, dagegen auf die Vorstellungen der Armenärzte hin seine Vorschläge betreffs der ärztlichen Behandlung der Kriegsteilnehmerfamilien einstweilen zurückgezogen und empfiehlt, den Magistrat um eine diese Frage neu regelnde Vorlage zu ersuchen. Die jetzigen Ausschuhträge betreffen wiederum Stadtv. Prof. Dr. Landau (L.).

Stadtv. Walland (L.) spricht im wesentlichen im Sinne der Ausschuhträge; die erbetene Vorlage werde hoffentlich tünlichst beschleunigt werden. Bedauerlich sei, daß der Magistrat noch immer nicht die geplanten Erleichterungen bei der Krankenhausaufnahme als dauernde Einrichtung zugeföhren habe.

Oberbürgermeister Wermuth: Selbstverständlich wird der Magistrat rechtzeitig neue Beschlüsse fassen, damit keinerlei Störung eintritt. — Den Ausschuhtrag wegen der Arztfrage wird der Magistrat in eingehende Erwägung nehmen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die ablehnende Stellungnahme des Magistrats zum ersten Punkt wird hoffentlich nicht zu bedenkliehen Konsequenzen bei der Bekämpfung der Seuche führen. Zur Regelung der ärztlichen Behandlung hätte der Ausschuh eigentümlich dem Magistrat gewisse Fingerringe geben sollen; davon fehlt es gänzlich. Die Hauptsache ist und bleibt doch die schnelle Diagnose. Die Armenärzte haben, wie wir heute hören, der Stadt die unentgeltliche Behandlung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer zum 15. November gekündigt. Ich bedaure auch das sehr, weil es aussieht, als ob die Armenärzte dem Magistrat die Pistole auf die Brust setzen wollen. Eine gewisse Schuld liegt freilich aber auch an der Verwaltung, die schon zu Beginn des Krieges die Sache hätte regeln müssen. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Behandlung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer losgelöst werden muß von der Armenfürsorge, und daß die unentgeltliche Behandlung in eine entgeltliche umgewandelt werden muß. Es muß auch die organisierte freie Ärztenhilfe herbeigeföhrt werden. Das auffällige Anschwellen der Zahl der Diphtherieerkrankungen ist zum Teil auf die Unterernährung, zu einem sehr erheblichen Teil aber auch auf die Wohnungsverhältnisse zurückzuführen, wie Professor Sobornheim eingehend nachgewiesen hat; wo die Menschen dicht zusammengedrängt wohnen, fordert die Diphtherie mit konzentrierter Festigkeit ihre Opfer. Eine vernünftige Bau-, Wohnungs- und Siedelungspolitik muß die Stadt treiben; ein freilich unzulänglicher Anfang ist die Schaffung eines Wohnungsamtes gewesen, das man noch dazu im Anfang des Krieges geschlossen hat. Wir bitten den Magistrat, das Amt schleunigst wieder in Funktion zu setzen; Charlottenburg hat das seinige bereits wieder eröffnet. Wird allen gegebenen Anregungen nachgegangen, dann werden wir auch mit diesem tückischen Feinde unserer Kinder fertig werden.

Stadtrat Dosslein: Ein Vakuum in der ärztlichen Behandlung der Kriegsteilnehmerfamilien wird auf keinen Fall eintreten. Nach dem ganzen Verhalten der Armenärzte ist gar nicht daran zu denken, daß sie den Magistrat in eine Zwangslage versetzen wollen.

Stadtrat Fischer: Der Direktor des Wohnungsamtes steht im Felde, der juristische Beirat fehlt, der größere Teil der Beamten ist zu den Fahnen eingezogen; die Wohnungspfleger sind zum großen Teil in die Mietvereinsämter eingeteilt. Mit dem reduzierten Personal läßt sich eine erprießliche Tätigkeit des Amtes nicht durchführen, jedenfalls nicht von heute auf morgen. Das Prinzip der Wahrnehmung der Wohnungsinspektion durch Berufsbeamte darf auch nicht durchbrochen werden. Unser Wohnungsamt besitzt ja leider auch keine polizeilichen Befugnisse.

Stadtv. Cassel: In dem Punkte der vorrückföhren Uebernahme Diphtheriekranker in unsere Krankenhäuser sollte der Magistrat unseren Wünschen doch entgegenkommen und diese Maßregel dauernd einföhren. Die wirksame Bekämpfung der Seuche hängt, wie uns völlig einwandfrei dargelegt ist, doch hauptsächlich von der Schnelligkeit des Eindringens ab. Bei der großen Ansteckungsgefahr darf der finanzielle Gesichtspunkt nicht ausschlaggebend sein. Der Magistrat will erst noch Erfahrungen sammeln, wie heute der Oberbürgermeister erklärte; wir möchten doch bitten, die Sache als bald zu erledigen. (Beifall.)

Der Ausschuhtrag wird einstimmig angenommen.

In gemischter Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters erfolgt hierauf die Wahl von 27 Mitgliedern und 11 Stellvertretern für die Einwohnerversammlungskommission.

Für den verstorbenen Stadtv. Dr. Paul (Fr. Fr.) werden gewählt: in die Kandidatensubstitution Brückner (Soz.), in die Wasserwerksdeputation Dr. Jadel (Soz.).

Den Magistratsvorschlägen zur Wänderung des Bauungsplans für die Gegend des Westhafens (Westhafen-Stift und veränderte Zuföhierung der Westhafenbahn auf die Königsdammbrücke) erteilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Infolge der langen Dauer des Krieges und der wachsenden Teuerung hat sich das von der Waisenverwaltung gezahlte Pflegegeld mehr und mehr als unzulänglich erwiesen. Vom 1. Oktober 1915 bis Ende März 1916 soll es gegen die bisherigen Sätze von 30 Mk. für schwächliche Säuglinge, 21 Mk. für Kinder bis zu 1 1/2 Jahren, 18 Mk. für Kinder von 1 1/2 bis 2 Jahren um 3 Mk.; von 15 Mk. für Kinder von 2 bis 3 Jahren, 13,50 Mk. für Knaben von 3 bis 6 Jahren, 12 Mk. für Mädchen von 3 bis 6 Jahren um 1,50 Mk.; von 13,50 Mk. für Knaben von 6 bis 14 Jahren und von 10,50 Mk. für Mädchen von 6 bis 14 Jahren um 4,50 Mk. erhöht werden.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung ohne Debatte.

Die vom Reich mit Rücksicht auf die Teuerung beschlossene neue Erhöhung der Bezüge der Kriegsteilnehmer von 12 auf 15 Mk. und der sonstigen Kriegsunterstützten um monatlich 1,50 Mk. für die Monate November bis April wird ebenfalls von der Stadt veranlagt werden. Auch für diese Erhöhung einen städtischen Zuschlag von 100 Proz. zu leisten hält der Magistrat nicht für geboten und für nicht vereinbarlich mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Verwaltung der städtischen Finanzen. Dagegen will er im Falle besonderen Bedürfnisses Kriegerteilnehmer und Einzelunterstützten auf Kosten der Stadt Brickets im Werte von 3 Mk. monatlich verabfolgen lassen, auch soll im gleichen Maße zur Beschaffung von Schuhwerk der Betrag der Zuweisung aus dem Sammelfonds an die einzelnen Unterstühtungskommissionen erhöht werden.

Stadtv. Leid (Soz.): Gegen die vorläufige Uebernahme der neuen Reichsleistung auf die Stadtkasse haben wir natürlich nichts einzuwenden; unsere Genehmigung ist ja ohnehin eine nachträgliche, weil schon am 1. November die erste Rate masgezahlt worden ist. Schon Ende Oktober haben mehrere Vororte die betreffenden Gemeindebeschlüsse gefaßt; weshalb wir so spät dazu kommen, ist nicht zu erkennen. Der bezügliche Ministerialerlaß betreffend die Ausführung datiert schon vom 14. Oktober. In der Verfügung heißt es ausdrücklich, daß diese Erhöhung der Mindestsätze von den Versicherungsverbänden nicht als Anlaß angesehen werden darf, ihre Leistungen herabzusetzen. Darüber herrscht wohl auch in dieser Versammlung Einmütigkeit. — Anders liegt es hinsichtlich der neuen Anwendungen, welche die Gemeinde ihrerseits den Angehörigen der Kriegsteilnehmer machen will. Der Magistrat schlägt Zuschüsse von 3 Mk. vor, wofür Kohlen geliefert werden sollen. Die Art, wie dieser Vorschlag an uns gebracht wird, hat bei uns sehr gemischte Geföhle ausgelöh, weil sie eine „besondere Bedürftigkeit“ konstruiert. Wir nehmen daran entschieden Anstoß, denn bisher haben wir in der ganzen Kriegsfürsorge nur den Begriff der „Bedürftigkeit“ gekannt, der noch dazu auch heute schon sehr dehnbar ist und von den verschiedenen Kommissionen ganz verschieden aufgefaßt wird. Diese Ungleichheiten würden sich nur noch verschlimmern, wenn wir dem Magistrat folgen und dieser Willkür noch Vorhub leisten würden. Für uns ist diese Bedingung unannehmbar. Deshalb wollen wir in einem Ausschuh die Frage noch besonders besprochen haben. Es muß genau umgrenzt werden, wer eine Zuweisung erhalten soll. Eine ganze Reihe proletarischer Frauen, die in der Kriegsfürsorge tätig sind, hat bereits die außerordentliche Schwierigkeit der Durchführung dieses Gesichtspunktes betont. Noch jetzt besteht ja in einigen Kommissionen die Ueberzeugung, daß z. B. den Frauen, welche von der Enalischen Gasgesellschaft Unterstützung beziehen, jede städtische Unterstützung verjagt wird. (Hört! hört!) Eine solche Behandlung der Witwenunterstützung macht letztere schließlich zum Fluch für die betreffenden Familien. (Zustimmung und Widerspruch.) In vielen Fällen wird auch der Arbeitsdienst der Kriegerteilnehmer, um ihnen die gesamte Unterstützung zu entziehen. Auch dagegen müssen wir Einspruch erheben. Es müssen einheitliche Grundlagen für das ganze städtische Unterstühtungswesen aufgestellt, es muß eine Art Existenzminimum festgesetzt werden. Das ist sehr wohl durchföhbar.

Stadtv. Modler (L.) tritt dem Antrage auf Ausschuhberatung bei. Ein Teil der Fraktion könne sich ebenfalls mit dem Begriff der „besonderen Bedürftigkeit“ nicht befremden.

Stadtv. Mommien (Fr. Fr.) spricht im gleichen Sinne. Die Feststellung des „besonderen Bedürfnisses“ würde den ohnehin schon überlasteten Beamten eine ganz unglückliche Arbeit machen. Man müsse auch die Frage der Zweckmäßigkeit der Vergabe von Kohlen statt baren Geldes gründlich prüfen.

Stadtv. Cassel: Tatsächlich verfährt ein Teil der Unterstühtungskommissionen nach Grundsätzen, die im Gegensatz zu dem Willen der Versammlung stehen. Leider liegt die Hauptschuld an dem Mangel einer Berufungskommission; das ist ein großer Uebelstand, der sich besonders bei den Mietunterstühtungen geltend macht. (Beifall.)

Die Vorlage geht an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern, der sofort vom Vorort ernannt wird. Von den Sozialdemokraten gehören ihm u. a. Fischer, Sinke, Hoffmann, Leid an. Zur Verstärkung und Verbreiterung der Weidendambrücke werden 200 000 Mk. gefordert. Die Bewilligung erfolgt ohne Diskussion.

Dem Deutschen Hilfsauschuh für das Rote Kreuz in Bulgarien sollen aus städtischen Mitteln 20 000 Mk. überwiesen werden.

Oberbürgermeister Wermuth: Mit einmütiger Freude hat das deutsche Volk den Ruf aufgenommen, durch eine Spende dem Roten Kreuz für Bulgarien hilfsbereite Sympathie zu erweisen. In diesen Tagen, in denen der Heldennut der verbündeten Heere so herrliche Früchte zeitigt, wird Berlin seinen Beitrag zu dieser Spende gewiß mit doppelt frohem Herzen darbringen. (Beifall.)

Die Bewilligung erfolgt einstimmig.

An der „Kartoffelversorgung“, G. m. m. b. H., hat der Magistrat die Stadt Berlin bei der Gründung mit 100 500 Mk. Stammeinlage beteiligt und ersucht die Versammlung um ihre nachträgliche Genehmigung.

Die Versammlung stimmt zu.

Eine umfangreiche Vorlage betrifft die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin. Unter Voraussetzung der Erstattung der Kosten aus Reichsmitteln soll die Stadtgemeinde diese Fürsorge auf dem Gebiet der Nachbehandlung, der Berufsberatung, Berufsausbildung und Beschulung sowie der Arbeitsvermittlung übernehmen. Organe der Fürsorge sollen sein: ein Magistratskommissar, ein Hauptauschuh, ein ärztlicher Beirat, die Gewerbestruppen der Berufsberatung, die Zentralstelle für Vermittlung von Arbeitsgelegenheit und eine Auskunftsstelle. Besondere Vorschriften regeln die Zuständigkeit dieser Organe. Wegen der Kompliziertheit der Zustände ist der einzelnen Fälle nach Berlin bzw. nach den Vororten ist mit der Provinz Brandenburg eine Vereinbarung getroffen worden.

Stadtv. Dove (L.): Wir beantragen Ausschuhberatung, um dieses sehr schwierige Problem gründlich zu erörtern, namentlich bezüglich der Organisation. Es gilt eine Zerplitterung auf diesem Gebiete in Groß-Berlin zu verhüten.

Stadtv. Ritter (Soz.): Auch wir sind für einen Ausschuh, wünschen aber dessen alsbaldige Ernennung durch den Vorstand. Nach meiner persönlichen Erfahrung wird die ganze Einrichtung zu vollem Leben erst gelangen, wenn — und, wie wir alle hoffen, recht bald — der Krieg zu Ende sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hätten zu der Vorlage eine Reihe von Anmerkungen zu machen; zu unserem Antrage auf Ausschuhberatung kommen wir hauptsächlich durch den Umstand, daß in dem Waldrieder Hauptauschuh eine Vertretung der Berliner Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft zu fehlen scheint. Ohne jeden Schaden können diesen 20 noch je zwei Vertreter der genannten beiden Kategorien hinzutreten. Für die Beschulung und namentlich für die Umschulung wird viel auf die richtige Auswahl der Berufsberater ankommen. Da ferner die Militärenten außerordentlich gering sind, manche Kriegerteilnehmer auch ihre Ersparnisse völlig haben aufzehren müssen, so wird, um den einzelnen den Uebergang in einen anderen Beruf zu ermöglichen, auch finanziell größte Beistehigkeit geübt werden müssen. Es kommen hier auch die schon aus den Lazaretten entlassenen Kriegsbeschädigten in Betracht, für die nach der Vorlage nur ausnahmsweise eingeschungen werden soll. Im Ausschuh wird sich auch hierüber weiter verhandeln lassen.

Stadtrat Dr. Preuß: Die hier in Frage stehende Organisation besteht und arbeitet seit Monaten und bedarf jetzt Ihrer nachträglichen Genehmigung. Die größte Schwäche, die der früheren Vorlage anhaftete, war der zu große Beirat; an dem scheiterte sie damals, im Mai. Der neue, kleinere, funktioniert bereits, und ihm gehört auch eine Reihe von Stadtverordneten an. Die Mitgliedschaft einer Arbeitgeber- und Arbeitervertretung im Hauptauschuh ist deshalb nicht

nötig, weil die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung schon jetzt fast ausschließlich in den Händen der Arbeitgeber- und Arbeitgeberorganisationen liegen. Das Verhältnis zur Provinz Brandenburg ist durchaus zufriedenstellend geregelt. Eine neuerliche Vereinbarung zwischen den in Frage kommenden Instanzen strebt die Errichtung einer Reichszentralstelle an, in der wir höchstwahrscheinlich werden mitarbeiten können.

Stadtv. Dr. Nathan (Fr. Fr.): Wesentliches an der Vorlage wird nicht geändert werden können; wir haben es mit praktisch bereits gewährten Grundlagen zu tun. Doch haben wir nichts gegen Ausschuhberatung.

Stadtv. Dove erklärt sich mit der sofortigen Ernennung des Ausschuhes einverstanden.

Die Versammlung beschließt die Einsetzung eines Ausschuhes und der Vorstand ernannt denselben sofort.

Als Nachtrag zur Tagesordnung liegt ein kleinerer Antrag Modler (L.) vor: den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, die es ermöglicht, den im Felde stehenden Angehörigen der zu Berlin geborenen Truppenkörper eine Weihnachtsfreude durch Liebesgaben zu machen.

Nachdem der Oberbürgermeister erklärt hat, daß eine solche Vorlage der Versammlung sehr bald zugehen werde, wird der Antrag zurückgezogen.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 8 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Kriegsfürsorge der Stadt Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern wieder über einige Maßnahmen der Kriegsfürsorge zu beschließen. Es kam dabei zu ausgedehnten Erörterungen, vor allem auch zu einer rückhaltlosen Aussprache über die Unterstühtungen der Kriegerteilnehmer und über die Engherzigkeit einzelner Unterstühtungskommissionen.

Die Unterstühtungen der Kriegerteilnehmer sind in ihrem für Rechnung des Reiches zu gewährenden Teil, wie bekannt, für die Wintermonate erhöht worden. Den Zuschuh der Gemeinde möchte nun der Magistrat nicht durchgängig um denselben Betrag erhöhen, sondern nur bei „besonderem Bedürfnis“. Auch soll dann das Mehr nicht in barem Gelde, sondern in Gutscheinen auf Kohlen gegeben werden. Gegen die Beschränkung auf Fälle eines „besonderen Bedürfnisses“ wandte sich namens der sozialdemokratischen Fraktion scharf unser Genosse Leid. Er lehnte diese Bestimmung auf Entscheidung als unannehmbar ab, weil durch sie der Willkür Tür und Tor geöffnet werde. Bei der Gelegenheit rechnete er einmal mit gewissen Unterstühtungskommissionen ab, in denen schon heute der Begriff der Bedürftigkeit engherzig genug angelegt wird und nur zu oft einer Kriegerteilnehmer bei Zuwendungen des früheren Arbeitgebers ihres Mannes die Unterstühtung aus Reichs- und Gemeindemitteln versagt ist. Er nannte hier in erster Linie die durch Beschlüsse dieser Art unliebsam bekannt gewordene Kommission VA, in deren Bezirk viele Arbeiter der englischen Gaswerke wohnen und so manche Frau eines solchen Arbeiters wegen der ihr von den Gaswerken gewährten Beihilfe keine weitere Unterstühtung erhalten hat. Einheitliche Grundsätze für die Unterstühtungskommissionen seien notwendig, um solchen Ablehnungsbeschlüssen einen Niegel vorzuschieben. Auf die scharfen Angriffe unseres Redners fand Stadtrat Benzky, der Vorsitzende dieser Kommission, kein Wort der Erwiderung. Er brachte es nur zu einem schwachen Versuch, sich durch einen Zwischenruf zu wehren. Den Antrag unserer Genossen, die Magistratsvorlage wegen des gerügten Mangels einem Ausschuh zu überweisen, unterstützten auch alle freisinnigen Redner. Stadtverordneter Cassel pflichtete dem Verlangen nach einheitlichen Unterstühtungssätzen bei, damit die besagten Ungleichheiten endlich mal ein Ende nähmen. Die Einsetzung eines Ausschuhes wurde beschlossen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt arbeitet schon seit mehreren Monaten, aber erst jetzt legt der Magistrat den Stadtverordneten einen ausführlichen Organisationsplan vor. Den Kriegsbeschädigten will man hauptsächlich durch Berufsberatung und Berufsausbildung sowie durch Arbeitsvermittlung die Möglichkeit schaffen, ihr Fortkommen zu finden. Den vom Magistrat aufgestellten Entwurf unterzog Genosse Ritter einer eingehenden Kritik, die manches als noch sehr verbesserungsbedürftig nachwies. Seine Bedenken suchte Stadtrat Preuß zu zerstreuen. Auch diese Vorlage wurde einem Ausschuh überwiesen.

Abgabe von Diphtherieserum.

Mit dem Verein der Berliner Apotheker ist ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, daß die Apotheken an Familienangehörige von Kriegsteilnehmern unentgeltlich Diphtherieserum verabfolgen, wenn neben dem Rezept des verordneten Arztes der Kriegsunterstühtungsschein des Lieferungsverbandes Berlin in der der Apotheke vorgelegt wird. Zur Vermeidung jeder Gefahr bei Diphtherie besonders gefährlichen Verzögerung wird nachdrücklich darauf hinzuweisen sein, daß niemand, der unentgeltlich Serum wünscht, ohne den Unterstühtungsschein zur Apotheke geht.

Ein großer Warenschwindel.

Ein profangebogter Warenschwindel ist durch die Aufmerksamkeit eines Gelbbriefträgers und einer Zimmervermieterin im Reime erstickt worden. In dem Pensionat von Fräulein Schaebe in der Charlottenstraße 74/75 mietete am Montag vor 14 Tagen zum Ende der Woche ein Mann, der sich Adolf Neumann nannte, ein möbliertes Zimmer, das er für geschäftliche Zwecke benutzen wollte. Als seine Privatwohnung gab er Tempelhofer Feldstraße 40, an. Die vereinbarte Miete wollte er am 1. November bezahlen. Schon nach wenigen Stunden ging er, ohne sich über seine Person weiter auszuweisen oder Papiere vorzulegen, wieder weg. Der Vermieterin hinterließ er noch den Auftrag, zwei Tische und Stühle in das Zimmer zu stellen, die von Maschinenreiberinnen benutz werden sollen. Am Freitag früh kam der Gelbbriefträger mit einer Anweisung für Adolf Neumann. Dieser war bis dahin noch nicht wieder in seinem Zimmer gewesen. Jetzt erschien er plötzlich vor der Haustür und trugte den Gelbbriefträger, wohn er gebe. Als dieser jagte, daß er bei Adolf Neumann zu bestellen habe, erklärte er, dieser Neumann sei er, und bat, ihm das Geld gleich auszuhandigen. Der Postbeamte ließ sich aber darauf nicht ein, ging hinaus und wurde gleich stutzig, als er nur ein unscheinbares Pappschild an Neumanns Tür fand. Auch die Wirtin äußerte ihre Bedenken. So bekam Neumann das Geld nicht abgehöhlt. Er bat den Briefträger, am nächsten Tage wiederzukommen, bis dahin werde er sich die erforderlichen Ausweispapiere beschaffen. Dann ging er gleich wieder weg mit dem Bemerkung, daß er in Potsdam geschäftlich zu tun habe, und kam nicht wieder zurück. Am Sonntag schrieb er aus Potsdam an die Wirtin, es sei ihm noch nicht gelungen, sich die Ausweispapiere zu besorgen. Er habe nicht geglaubt, daß ihm die Post solche Scherereien machen würde, da es sich doch bei ihm um ein reelles Unternehmen handle. Unterdessen gingen bei der Wirtin für ihn jeden Tag Hunderte von Postkarten und Briefen ein, die alle solche Scherereien machten, daß es sich doch bei ihm um ein reelles Unternehmen handle. Unterdessen gingen bei der Wirtin für ihn jeden Tag Hunderte von Postkarten und Briefen ein, die alle solche Scherereien machten, daß es sich doch bei ihm um ein reelles Unternehmen handle. Unterdessen gingen bei der Wirtin für ihn jeden Tag Hunderte von Postkarten und Briefen ein, die alle solche Scherereien machten, daß es sich doch bei ihm um ein reelles Unternehmen handle.

In Tafel-Margarine. Vorzügliche Qualität in 1-Pfd.-Packung, 5 Pfd. für 7 Mark. 5-Kilogramm-Postpaket, netto 9 1/2 Pfd. 13 Mark franko. Nur gegen Voreinzahlung des Betrages. Nur solange

Vorrat reicht. Adolf Neumann, Berlin SW 12, Nahrungsmittel an der Charlottenstr. 74/75.

Neumann hatte diese Anzeige in mindestens 50 Zeitungen in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Thüringen und im Rheinland und Westfalen je viermal hintereinander veröffentlicht. Im dieses wirklich billige Angebot bedurften sich brieflich, telegraphisch und telephonisch nicht nur Privat- und Geschäftskunde, sondern auch Gemeindeverwaltungen und, merkwürdigerweise, auch Molkereien und Gutspäcker. Ja, sogar aus dem Felde kamen viele Bestellungen von Kriegern, die die gepörrte Wöhnung benutzen wollten, um ihren Frauen zu Hause mit der billigen Margarine eine Lieberwahrung zu bereiten. Viele Bewerber hielten sich nicht erst lange mit Anfragen auf, sondern schickten gleich den Betrag für mindestens eine Postsendung ein. Telegraphische Bestellungen lauteten in mehreren Fällen bis auf 100 Pfennig. In Postanweisungen gingen bis jetzt schon 6000 Mark ein. Herr Neumann aber bekam zum Glück nicht einen Pfennig ausgezahlt. Die Postverwaltung behielt alles in Gewahrsam, obgleich Neumann eines Tages auf dem Amt erschien und ein Schreiben der Gemeindeverwaltung vorlegte, daß er dort wohne und Inhaber einer Lebensmittel-Großhandlung sei. Die Post erkundigte sich in Tempelhof, und dort wußte man nichts von diesem Treiben. Neumann aber war, als diese Auskunft einging, bereits verschwunden. Er hatte sich das Schreiben wahrscheinlich selbst gefälscht. Nach diesem Versuch auf dem Postamt hat man nichts mehr von ihm gesehen. An dem Pensionat in der Charlottenstraße aber geht den ganzen Tag die Klingel. Von morgens bis abends kommen Leute, die vertrauensselig Geld eingehändelt, aber keine Margarine bekommen haben, auch Händler von außerhalb, aus Breslau, Girschberg usw., die sich jetzt mit dem Großhändler persönlich in Verbindung setzen wollen. Die Kriminalpolizei hat alle Maßregeln getroffen, um des Schwunders habhaft zu werden. Der Tapezierer Neumann, der in der Voltestr. 40 zu Tempelhof wohnt, hat mit ihm nichts zu tun. Der Gauner hat seinen Namen mißbraucht.

Passierscheine zur Reise an die Front.

Dem Oberkommando in den Marken gehen fortgesetzt Gesuche um Ausstellung von Passierscheinen zu Reisen an die Front usw. zu. Das Oberkommando weist erneut darauf hin, daß alle derartigen Gesuche von Inländern, die im Landespolizeibezirk Berlin wohnen, an das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps, hinter dem Gießhause 8, von den in den übrigen Bezirken der Provinz Brandenburg wohnhaften, an das stellvertretende Generalkommando des III. Armeekorps, Genthiner Str. 2, zu richten sind. Ausländer haben sich, soweit sie sich im Landespolizeibezirk Berlin aufhalten, an die Kommandantur Berlin, die übrigen ebenfalls an das stellvertretende Generalkommando des III. Armeekorps zu wenden. Eine genaue Befolgung dieser Vorschriften liegt zur Verhütung von Verzögerungen im eigenen Interesse der Gesuchsteller.

Ein Stiergefecht in Weihensee.

Zu einem regelrechten Kampfe mit einem wildgewordenen Stier ist es Mittwoch in Weihensee gekommen. Aus einem Schlachthaus in der Lotzringener Straße war nachmittags ein junger, kräftiger Stier ausgebrochen. Das Tier rannte auf ein Laubengrundstück und dann gegen einen festen Drahtzaun. Hier blieb er in dem Draht hängen und überschlug sich. Gegen mehrere Männer, die den Stier von dem Laubland verjagen wollten, lief das wilde Tier mit geilen Hörnern an, und nur mit knapper Not gelang es ihnen, zu flüchten. Schließlich eilten einige Schlägergeißeln herbei, und es entspann sich nun ein förmliches Stiergefecht, dem zahlreiche Zuschauer beizuhöhen. Aber auch die Schläger, die sich mit schweren Hammern und Stöpmessern bewaffnet hatten, vermochten zunächst nichts gegen den raienden Bullen auszurichten und gerieten vielfach in Gefahr, aufgespießt zu werden. Als einer von ihnen auf das Dach einer Laube kletterte und den Stier anlockte, rannte das Tier mit solcher Gewalt gegen die Laube an, daß sie beinahe umgeworfen worden wäre. Schließlich fiel das Tier einer List zum Opfer. Es wurden auf den Erdboden Schlingen aus starken Wädelweiden ausgelegt, der Stier hineingelockt und durch Zuziehen der Schlingen zu Fall gebracht.

Totgeschlagen. Als in der Nacht zum letzten Montag der Besizer A. aus Hermsdorf nach Hause kam, bemerkte er auf dem Hofe seines Grundstücks einen Mann, der sich an den Türen zu schaffen machte. Auf die Frage des Besitzers erwiderte der Unbekannte, daß er Unterkunft für die Nacht suche. Von dem Besitzer vom Hofe verwiesen, begab sich der Fremde zu dem Nachbarhause des Besitzers B. der ihn bald darauf in einem Zimmer auf dem Sofa liegend vorfand. B. rief nun den Besizer A. und zwei weitere Bekannte hinzu und alle vier verabsfolgten dem Eindringling eine gehörige Kracht Prügel, wobei auch ein Stoch mit Stahleinlage in Tätigkeit getreten ist. Die vier Personen brachten dann schließlich den Unbekannten nach der Arrestzelle und holten dann den Nachwächter herbei, der den Fremden einschloß. Als der Wächter nach kurzer Zeit nach dem Manne sah, fand er ihn tot vor. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß dem Toten offenbar durch mehrere Hiebe über den Kopf der Schädel zertrümmert worden ist. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt. Die Persönlichkeit des Toten konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Der Verstorbene ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und war gut gekleidet. Ausweispapiere hatte er nicht bei sich.

Die Berliner Feuerwehr wurde am Donnerstag früh um 6 Uhr nach der Spenerstr. 11 gerufen, wo zwei Frauen benutzlos aufgefunden wurden. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Den Bemühungen der Samariter gelang, es beide Frauen zu retten. In der Stralauer Allee 23a versuchte ein 23jähriger Fräulein aus unbekannter Ursache aus einem Fenster im zweiten Geschoss zu springen. Die Feuerwehr spannte bei ihrer Ankunft sofort ein Sprungnetz auf und es glückte, das Fräulein in dem Netz aufzufangen und dann dem Krankenhaus Bethanien zu überweisen, wo es in Pflege genommen wurde.

Im Circus Schumann entstand am Mittwochabend kurz vor Schluß der Vorstellung ein Brand. Bei dem Schlachthilde geriet durch herabfallendes Feuerwerk der Baldachin in Brand. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Das Publikum blieb während der Löschung ruhig. — In der letzten Nacht brannte am Küstriner Platz 9 das Sägewerk.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonntag, den 7. November, im großen Saal des Gewerkschaftshauses einen Volksliederabend. Einlaßkarten a 30 Pf. sind in der Geschäftsstelle Fritz Krause, Mariannenstraße 11, bei Horst, Engelauer 15, sowie in den Zahlstellen zu haben.

Aus den Gemeinden.

Teuerungsbewegungen in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten vom Mittwoch war wiederum durch die Beratung einer Reihe von Vorlagen ausgefüllt, die durch den Krieg bedingt waren. Von der Mittelung über die Erhöhung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer, von der wir unsere Leser bereits in Kenntnis gesetzt haben, ersuchte der Magistrat zustimmend Kenntnis zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion konnte sich hiermit nicht einverstanden erklären, sie beantragte eine Erhöhung der Sätze für die kinderreichen Familien, rief aber durch diesen von den Genossen Kayenfeld und Gebert bekräftigten Antrag den lebhaften Widerspruch, teilweise sogar Außerung der Entrüstung bei den bürgerlichen Rednern hervor, die den Standpunkt vertraten, daß man an einem mit dem Magistrat vereinbarten Kompromiß nicht rütteln dürfe. Der sozialdemokratische Antrag wurde dem auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Annahme gelangte die Magistratsvorlage, wonach die Sätze für die Erwerbslosenfürsorge während des Krieges eine geringe Erhöhung erfahren sollen, und zwar für alleinstehende Männer oder Frauen auf 7 M. für ein Ehepaar auf 11 M. für jedes Kind unter 15 Jahren auf 2,50 M. und für jede erwachsene Person desselben Haushalts auf 4 M. wöchentlich. Genosse Dr. Vorchardt forderte bei dieser Gelegenheit die baldige Einberufung der gemischten Deputation, damit die Grundlagen für einen Ausbau der Erwerbslosenfürsorge auch in Friedenszeiten beraten werden könnten.

Eine recht lebhafte Debatte entfaltete der Bericht des Ausschusses über die Magistratsvorlage betreffend Kriegsteuerungszulagen. Wir haben die Beschlüsse des Ausschusses kürzlich bereits mitgeteilt. Die Sozialdemokraten stellten hierzu eine Reihe von Änderungsanträgen. So beantragten sie u. a. die Herabsetzung der Dienststeuergrenze für die Bewährung von Teuerungszulagen für verheiratete und kinderlose Arbeiter und Angestellte von 2000 auf 2500 M., und ferner, daß Familienhäupter mit einem jährlichen Dienststeuereinkommen von nicht mehr als 1500 M. eine um 50 Proz., Familienhäupter mit einem jährlichen Dienststeuereinkommen von nicht mehr als 2000 M. eine um 25 Proz. erhöhte Kriegsteuerungszulage erhalten sollen. Die Anträge wurden von den Genossen Dr. Vorchardt und Gebert begründet, von den Rednern der bürgerlichen Parteien aber bekämpft und samt und sonders abgelehnt, es blieb bei den Vorschlägen des Ausschusses.

Das gleiche Schicksal widerfuhr einem sozialdemokratischen Antrage zur Frage der Lebensmittelteuerung. Der Ausschuss beauftragt, den Magistrat zu ersuchen: 1. Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln für die weitere Dauer des Krieges zu sichern; 2. den städtischen Verkauf von Lebensmitteln soweit als möglich auszudehnen und die Verkaufspreise auch ferner so festzusetzen, daß dadurch höchstens die Selbstkosten gedeckt werden; 3. für die minderbemittelte Bevölkerung, namentlich die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, besondere Vergünstigungen eintreten zu lassen. In scharfer Weise übte Genosse Kayenfeld Kritik an der Lebensmittelteuerung und an den bisher vom Reich, vom Staat und von den Gemeinden ergriffenen Maßnahmen. Unser Redner zog sich hierdurch den Unwillen der Vertreter der liberalen Fraktionen zu, die durch die Angriffe auf die Regierung nervös wurden und ganz besonders ungehalten waren über einen von der Sozialdemokratie gestellten Antrag, der den Magistrat ersucht, den Reichsanwalt aufzufordern, behufs durchgreifender Regelung der Nahrungsmittelversorgung die unerbittliche Einberufung des Reichstages zu veranlassen. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wurden die Anträge des Ausschusses mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Unterstützungserhöhung in Neukölln.

Nachdem schon in der vorigen Woche die Kriegsnachstandskommission den Kriegsfrauen neben der erhöhten Reichsunterstützung eine Feuerungszulage im Werte von 3 M. pro Monat bewilligte, beschloß sie in ihrer gestrigen Sitzung, den Kindern und den übrigen unterstützungsberechtigten Angehörigen der Kriegsteilnehmer außer der staatlichen Erhöhung noch einen kommunalen Zuschlag von 75 Pf. pro Monat und pro Kopf zu bewilligen. Ein weitergehender Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wurde abgelehnt. Den Kriegsfrauen darf der kommunale Zuschlag nur entzogen werden, wenn das jährliche Einkommen mehr wie 75 Proz. des vor dem Kriege bezogenen Einkommens beträgt.

Lichtbildervortrag der Stadtgemeinde Neukölln.

Montag, den 8. November 1915, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde Neukölln in der Aula der Realschule, Voddinstraße 34/41, mit dem Universitätslektor Dr. E. Th. Walter (Lund) einen Lichtbildervortrag über „Wanderungen durch Schwedens Kulturland und Wildmarken“. Kinder, auch in Begleitung Erwachsener, haben keinen Zutritt. Numerierte Platzkarten, die zugleich zur kostenlosen Abgabe der Garderobe berechtigen, sind zum Preise von 10 Pf. im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 210, während der Dienststunden von 8—3 Uhr, sowie an der Abendkasse erhältlich. Der Vortrag beginnt pünktlich zu der angegebenen Zeit, so daß verspätet kommende Besucher nicht zugelassen werden können.

Kartoffelhöchstpreise in den Vororten.

Dem Beispiele Berlins folgend, haben auch jetzt die Vorortgemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Tempelhof die Höchstpreise für Kartoffeln auf 40 Pfennig pro Pfund festgesetzt.

Lebensmittelfürsorge in Adlershof.

Es sollen in nächster Zeit Eier für 17 Pf. das Stück, Weizkohl 1/4 Zentner 1,75, Kohlrabi 1/4 Zentner 1,25 M. abgegeben werden. Außerdem kommen Kürbiskerne und Heringe zum Verkauf. Das Gemüse wird direkt durch die Gemeinde verkauft, während der Verkauf der übrigen Lebensmittel in den durch Klafote leitenden Geschäften, darunter Konsumgenossenschaft, unter Kontrolle der Gemeinde stattfindet. Heimarbeiter und Einwohner, welche nur auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, erhalten von der Gemeinde Petroleum. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung der Petroleumkarte. Zur Erlangung derselben ist eine Bescheinigung des Hausbesizers notwendig, aus der hervorgeht, daß Bewerber nur auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind. Die Karten sind erhältlich Gemeindeamt Dismarckstraße, Zimmer 10, Mittwoch und Freitag von 8 bis 11 Uhr vormittags.

Soziales.

Die deutschen Bergarbeiter im Jahre 1914.

Die Anknappschäftsberufsgenossenschaft hat vor kurzem ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1914 herausgegeben. Einleitend bemerkt der Berichterstatter, daß der im August 1914 ausgebrochene Krieg hemmend auf die Entwicklung des deutschen Bergbaues eingewirkt habe. Die Anknappschäftsberufsgenossenschaft zählte im Jahre 1914 insgesamt 1893 versicherte Betriebe mit 841 113 Beschäftigten Arbeitern. Die insgesamt gezahlte Lohnsumme betrug 1 298 639 807 M. oder pro Arbeiter im Jahr 1508,28 M. Die Zahl der Betriebe ist um 82, die der beschäftigten Arbeiter um 77 687 oder um 8,5 Proz., die Lohnsumme um rund 190 600 000 M. oder um 13,0 Proz. zurückgegangen. Die Lohnsumme des einzelnen Arbeiters ist von 1587,52 M. (1913) auf 1508,28 M. oder rund gerechnet um 80 M. (1914) zurückgegangen. Ein trübes Bild in dem Kampf ums Dasein der Bergarbeiter sind die Unfälle. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug im Berichtsjahre 122 982 gegen 133 710 (1913). Das ist ein Rückgang um 10 728. Indessen, so erfreulich das Sinken der Unfallziffer ist, so kommt als Ursache hierfür lediglich die recht erhebliche Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter, die mit Ausbruch des Krieges einsetzte, in Betracht. Ziehen wir einen Vergleich zwischen dem Berichtsjahre und dem Vorjahr (1913), so sind nur die Monate Januar bis Juli beider Jahre in Rechnung zu stellen; dann ergibt sich folgendes: in den ersten sieben Monaten des Berichtsjahres wurden 82 841 Unfälle gegen 77 390 in derselben Zeit (1913) gemeldet. Das ist (1914) ein Mehr von 5442. Von 1894 bis 1910 wurden 1 206 674 Unfälle gemeldet, diese Ziffer stieg auf 1 689 552 im Jahre 1914. Oder auf 1000 versicherte Personen kamen im Berichtsjahre 148,21 gemeldete Unfälle. Massenunfälle — das sind solche, bei denen 10 oder mehr Personen verletzt wurden — fanden im Berichtsjahre 8 statt. Insgesamt wurden durch sie 48 Personen getötet und 53 verletzt, gegen 30 und 57 im Jahre 1913. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle — das sind solche, die nach Abschluß des Heilverfahrens bzw. nach

Ablauf der 13. Woche nach erwerbsfördernde Unfallfolgen hinterlassen haben — betrug 12 672. Unter diesen bilden die schwereren Unfälle ein besonders trauriges Bild. Unfälle mit tödlichem Ausgang wurden 1952, mit dauernd völliger Erwerbsunfähigkeit 72, mit dauernd teilweiser Erwerbsunfähigkeit 2342 und mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit 8256 gezählt. Auf 10 000 versicherte Personen kamen 23,21 Todesfälle gegen 23,08 im Jahre 1913 und auf 10 000 versicherte Personen kamen 150,66 entschädigungspflichtige Unfälle. Außerordentlich hoch ist die Zahl der Unfälle, die infolge der „Gefährlichkeit des Betriebs an sich“ verursacht wurden. Sie beträgt 67,05 Proz. Diese hohe Prozentziffer steht wohl in ursächlichem Zusammenhang mit der geringfügigkeit der Summe, die für Arbeiterschutz, für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter im Berichtsjahre von der Berufsgenossenschaft aufgewendet wurde. Für die Heberwachung der Betriebe wurden insgesamt 8758,27 M. aufgewendet; die Sektionen I (Konn) und VI (Reinigen, Oberfl.) haben nicht einen Pfennig dafür ausgegeben; die große Sektion II hat ganze 339,11 M. dafür hergegeben. Für Ersatz von Unfallberufungsversicherten wurden insgesamt 713,79 M., darunter vom Genossenschaftsvorstande allein 545,27 M. ausgegeben. Soll der Arbeiterschutz im Bergbau nicht mehr als „weiße Salbe“ sein, so würden auch die „Gefahren des Betriebs an sich“ durch planmäßige Heberwachung der Betriebe ganz erheblich zurückgehen.

In scheinbarem Gegensatz zu der Knappheit der Mittel für Heberwachung der Betriebe stehen die enormen Kosten für Heberwachung der Renteneinpfänger. Für die Unfalluntersuchungen, Feststellung der Renten und Heberwachung der Renteneinpfänger wurden im Berichtsjahre 631 534,82 M., für Vergütungen, Reisekosten, Tagegelde usw. an die ehrenamtlichen Organe des Genossenschaftsvorstandes und der Sektionen wurden 54 620,29 M. ausgegeben.

Die Zahl der Unfälle nach Wochentagen gegliedert ergibt folgendes Bild: Von den gemeldeten Unfällen im Jahre 1914 entfielen auf den Sonntag 3423, Montag 18 801, Dienstag 20 675, Mittwoch 20 613, Donnerstag 19 498, Freitag 20 378, Sonnabend 20 590, zusammen 122 982.

Die ungeheuer große Verzerrung von Menschleben, von Familienglück und Lebensfreude, die in den furchtbar hohen Unfallziffern zum Ausdruck kommt, findet ihre Ursache in der übermäßig langen Arbeitszeit, dem Alforderbdinge, dem ungenügenden Arbeiterschutz und in der geradezu völlig ungenügenden Heberwachung der Betriebe.

Die Renteneinschädigung betrug im Berichtsjahre 29 958 475,00 Mark, davon erstmalige Renten 4 000 049,03 M. Die Durchschnittsziffer zeigt das folgende interessante Bild: Die Vollrente betrug bei den Sektionen I 865,67 M., II 955,08 M., III 750,41 M., IV 756,97 M., V 704,97 M., VI 701,67 M., VII 772,38 M., VIII 811,82 M. Durchschnittlich betrug die Rente für eine Person bei den Sektionen:

I.	33,82 Proz. der Vollrente	292,81 M.
II.	30,86	294,76
III.	28,02	285,94
IV.	27,20	268,63
V.	32,99	282,56
VI.	34,79	227,55
VII.	31,05	239,85
VIII.	35,67	289,61

Für die Gesamt-Berufsgenossenschaft betrug die durchschnittliche Vollrente 861,40 M., die Durchschnittsziffer für eine Person betrug 30,90 Proz. mit 296,14 M.

Am Ringen um ihre und ihrer Angehörigen Existenz haben die Bergarbeiter auf dem Schlachtfelde der Arbeit von 1886 bis 1914 entsehlidie Opfer bringen müssen: 37 461 Tote, 2171 dauernd völlige Krüppel und 122 348 vorübergehend erwerbsunfähige Krüppel.

Fürchterlichen Raumes und Glanz haben diese trübenden kalten Bittern auf. Sie heißen gebieterisch: ein Reichsbürgergesetz und mehr Bergarbeiterschutz.

Auffhebung des Arbeiterschutzes in der Großindustrie.

Am 4. Mai 1914 beschloß der Bundesrat auf Grund der §§ 120f und 139 b der Gewerbeordnung einige Schutzmaßnahmen für die Großindustrie. Diese sollten am 1. Dezember 1914 in Kraft treten. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß die auf Grund des § 3 der Verordnung vom 19. Dezember 1908 gestatteten Ausnahmen außer Kraft treten sollten. Eine Bundesratsverordnung vom 21. Oktober 1914 verschob jedoch das Inkrafttreten des angeordneten Arbeiterschutzes und das Auserkraftrreten der Ausnahmen auf den 1. Dezember 1915. Der gestrige „Reichs-Anzeiger“ enthält eine neue Bundesratsverordnung, die das Inkrafttreten des Arbeiterschutzes auf den 1. Dezember 1916 verschiebt und auf denselben Zeitpunkt das Auserkraftrreten der Ausnahmen von der Verordnung vom 19. Dezember 1908 verlegt.

Gerichtszeitung.

Das Reichsgericht über das Deuterecht.

Zum erstenmal in diesem Kriege hat der höchste deutsche Gerichtshof Veranlassung gehabt, zu dem Begriffe des Deuterechts Stellung zu nehmen.

Es handelte sich um die Beurteilung eines Angeklagten wegen Unterschlagung an militärischen Kleidungsstücken, die von einem Geschädigten stammten. Grundlegend führt das Reichsgericht im Urteil vom 3. Mai 1915 nach der Zusammenfassung der neuesten Kriegsurteile des Reichsgerichts von Reichsgerichtsrat Conrad in der „Deutschen Strafrechts-Zeitung“ aus, daß derartige Sachen, die ein kriegsführender Staat an Angehörige seines Heeres zum Gebrauch überläßt, also zunächst in seinem Eigentum stehen, dann, wenn ihr Träger im Gefechte fällt oder sie im Stich läßt, wegwirft oder preisgibt, nicht herrenlos werden, weil es dazu des Verzichtes auf das Eigentum durch den Berechtigten bedürfe. Zum Deutemachen sind Privatpersonen nach Landesrecht nicht befugt; nach Kriegsgesetz und den völkerrrechtlichen Vereinbarungen ist die Kriegspartei zwar zur Erbeutung der dem Feind völkerrrechtlich abgenommenen Gegenstände berechtigt, die Beute gehört aber dem beutemachenden Staat, nicht dem einzelnen Soldaten, es bedarf der Ermächtigung, wenn er die erbeutete Sache soll behalten dürfen.

Spiele mit Revolver.

Die Unsitte, mit einer Schußwaffe zu spielen, hat wieder einmal einen schweren Unglücksfall zur Folge gehabt, für den der 17jährige Handelschüler Franz Rosenheimer aus Wien zur Verantwortung gezogen wurde.

Der wegen fahrlässiger Lösung angeklagte junge Mann ist der Sohn eines in Wien ansässigen Fabrikbesizers und kaiserlichen Rats. Er ist in Wien der sogenannten akademischen Legion beigetreten, welche aus jungen Leuten besteht, die auf den verschiedenen Bahnhöfen bei der Ankunft und der Abfahrt der Truppen und dem Eintreffen von Verwundeten freiwillige Hilfe leisten. Da sie bei dieser Tätigkeit oft des Nachts von einem Bahnhof zum andern wandern müssen, pflegen sich die jungen Leute mit Revolvern zu versehen. Auch der junge R. hatte sich, ohne daß seine Eltern davon wußten, einen sechsläufigen Revolver angeschafft, und als er nach Berlin fuhr, um seine Ferien im Hause seiner in Schöneberg wohnenden verheirateten Schwester zu verbringen, nahm er die Schuß-

Waffe mit, nachdem er noch seiner Meinung alle darin befindlichen Patronen herausgenommen hatte. Am 8. September kam er mit dem Revolver in die Küche, in welcher seine Schwester und das Dienstmädchen sich befanden. Als die Schwester die Schusswaffe in der Hand des Bruders sah, bekam sie Angst, wurde aber von dem Angeklagten, der sich über diese Angst amüsierte, dahin befehrt, daß ja gar keine Patronen sich darin befänden. Da bekam das Dienstmädchen den Einfall, den Angeklagten lächelnd aufzufordern, doch mal auf sie zu schießen; der junge Mann erhob auch die Waffe in der Richtung auf sie, plötzlich brach er ab und eine Kugel drang dem Mädchen in die linke Kopfseite. Die Betroffene brach lautlos zusammen und starb nach wenigen Augenblicken. Der Angeklagte, dem das beste Leumundzeugnis gegeben wird, steht noch heute unter dem seelischen Druck, den dieses Ereignis auf ihn ausgeübt hat und bereut tief, was er mit seinem unethischen Spott angerichtet hat. Bei der ganzen Sachlage hielt das Gericht mit dem Rechtsanwält Dr. Klees ein mildes Strafmaß für angebracht und verurteilte den Angeklagten zu drei Wochen Gefängnis. Der fahrlässige Schütze soll auch der bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Aus aller Welt.

Eine treffende Antwort.

Eine gute Bekehrung wurde einer sparsamen Dame zuteil, die folgende Anzeige erlassen hatte: „Eine Dame von zarter Gesundheit sucht eine passende Gesellschaft. Diese muß häuslich, musikalisch, liebenswürdig, in der Pflege erfahren, von gutem Aussehen sein und früh aufstehen. Temperanzlerinnen bevorzugt. Gemüthliches Heim, kein Gehalt.“ Einige Tage später erhielt die Dame einen Brief. Beim Öffnen präsentierte sich eine Karte als Inhalt, die einen Brief folgenden Inhalts um den Hals gebunden hatte: „Gnädige Frau! Es freut mich, Ihnen auf Ihre Anzeige eine durchaus passende Gesellschaftin senden zu können, die allen Ihren Anforderungen entspricht. Sie ist häuslich, im Besitz guter Stimmkraft, steht früh auf, besitzt einen liebenswürdigen Charakter und gilt allgemein für hübsch. Sie hat als Pflegerin große Erfahrung, da sie schon eine zahlreiche Familie aufgezogen hat. Ich brauche kaum zu bemerken, daß sie vollständig Temperanzlerin ist. Gehalt beansprucht sie nicht und wird Ihnen für ein gemüthliches Heim durch treue Dienste dankbar sein.“

Die verschundene Leiche.

Eine kaum glaubliche Geschichte hat sich in Steinweg (Thüringen) zugetragen. Dort wurde früh 7 Uhr die Dienstmagd Leber im Porzellanofen erhängt aufgefunden und für tot gehalten. Als man gegen Mittag nach der Leiche sehen wollte, war sie verschwunden. Die Magd hatte sich vollständig erholt und war, ohne jemand in Anspruch zu nehmen, nach Altenburg gegangen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 371 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Gendarmement Graubenz, Infanterie usw.: Garde: Garde-Schützen-Bataillon. Gren-

z. Inf.-B. 1. Inf.-Regiment Nr. 6, 7, 11, 12, 15, 16, 17, 19, 21, 23, 31, 33, 35, 36 (f. Feldfliegertruppe), 40, 41, 43, 45 (f. Inf.-Reg. Nr. 373), 49, 51 bis einschl. 55, 59, 61, 70, 72, 77, 83, 84, 85, 88, 90 bis einschl. 95, 97, 99, 109, 111, 112, 114, 115 (f. Inf.-Reg. Nr. 116), 116, 117, 128, 130, 132, 135, 136, 137, 140, 141, 144, 147, 149 bis einschl. 153, 155, 157, 158, 159, 161, 163 bis einschl. 168, 188, 193, 252, 257, 258, 260, 261, 262, 265, 268, 269, 270, 271, 273, 275. Inf.-Regiment Nr. 6, 7, 12, 15, 16, 18, 24, 38, 48, 51, 55, 60, 61, 72 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 73, 77, 83, 87, 88, 93, 98, 99, 111, 116, 130, 220. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 5, 6, 11, 15, 18 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 26, 27, 34, 35, 39, 49, 53, 61, 75, 77, 84, 85, 99, 100, 116, 340. Brig.-Erf.-Bataillon Nr. 10, 12 (siehe f. Inf.-Reg. Nr. 350), 15 (f. Inf.-Reg. Nr. 361). Jäger-Bataillon Nr. 4 und 11; Ref.-Bataillon Nr. 2 und 20. Maschinenw.-Abt. Nr. 1; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 312 (siehe Inf.-Reg. Nr. 188).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 1; Dragoner Nr. 4, 9 (f. Feldfliegertruppe), 13, 17, 18; Husaren Nr. 4 und 12; Ulanen Nr. 5; Landw.-Kav.-Reg. Nr. 90; 3. Landw.-Esk. des 7. Armeekorps (f. Ulanen-Reg. Nr. 5), 1. Landw.-Esk. des 20. Armeekorps (f. Landw.-Kav.-Reg. Nr. 90).

Feldartillerie: Regiment Nr. 4, 5, 8, 38, 42, 46, 54, 60, 74, 100, 205; Ref.-Regiment Nr. 6, 11, 12, 15, 25, 43, 62. Feldartillerie-Abt. Nr. 231. Ballon-Abwehrkanonen-Zug Nr. 80 (siehe Feldart.-Reg. Nr. 100).

Fußartillerie: Reg. Nr. 3; Ref.-Regiment Nr. 7, 9, 18. Pioniere: III. Garde-Bat.; Regiment Nr. 19, 20, 29, 31; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. Nr. 4, I. Nr. 6, II. Nr. 7, I. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 10, I. und II. Nr. 14, I. Nr. 15, II. Nr. 26, I. Nr. 27, I. Nr. 28. Ref.-Bat. Nr. 32; Pionier-Erf.-Bat. Nr. 11. Pionier-Kompagnien Nr. 225, 233, 247, 253; Ref.-Komp. Nr. 46 und 78; 2. Landw.-Komp. des 4., 3. des 6. (f. Ref.-Pionier-Bat. Nr. 32) und 1. des 15. Armeekorps. Feld-Schneidwerkzeug Nr. 241. Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 144.

Verkehrsgruppen: Eisenbahn-Betriebsamt Cent. Eisenbahnbau-Komp. Nr. 13. Feldfliegertruppe. Kav.-Kraftwagenkolonne Nr. 31.

Leichte Proviantkolonne Nr. 5 des 8. Armeekorps. Munitionskolonnen: Artillerie (F) Munitionskolonnen Nr. 8 des 1. Armeekorps; Art.-Munitionskolonnen Nr. 2 der 110. Inf.-Division. Armierungs-Bataillone Nr. 9, 28, 32, 37, 80, 80. Kriegsbefehlshaber des 14. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 231 meldet Verluste des Inf.-Leib-Reg.; 2., 4., 6., 8., 9., 12., 15., 18., 17., 20., 21., 25. Inf.-Regiment; 1. Maschinengew.-Abt.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 6, 7, 8, 10, 16; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 4, 8, 10; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 9; 1., 5., 9., 10., 11. Feldart.-Reg.; Leichte Munitionskolonnen; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Landw.-Feldart.-Abt. Nr. 3; 1., 2., 3. Fußart.-Reg.; Fußart.-Batterien Nr. 209, 337, 350; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 1; Pionier-Regiment; 1., 2. Pionier-Bataillon; Pionier-Komp. Nr. 20; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 1; Mineur-Abt. Nr. 1 (Erf.-Div.); Ref.-Pionier-Bataillone Nr. 2, 3, 4; 2. Landw.-Pionier-Komp., 2. Armeekorps; Armierungs-Bataillone Nr. 1, 2, 3, (11. Inf.-Div.); Fuhrpark-Kolonnen 3 (1. Armeekorps); Ref.-Fuhrpark-Kolonnen 2. Verichtigungen früherer Verlustlisten. Die sächsische Verlustliste Nr. 219 veröffentlicht Verluste

des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 100; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101; Erf.-Bat. des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101. Verichtigungen früherer Angaben.

Jugendveranstaltungen.

Neußölln. Beim 2. Rosenstr. 15. Sonntag, den 7. November. Anbel für die Schüler des Querebells 2 eine Beschäftigung des Neußöllner Geistesleistungswettbewerbes. Treffpunkt um 4 1/2 Uhr pünktlich am Bergplatz.

Frauenveranstaltungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hat es sich seit seinem Bestehen zum Ziele gesetzt, in seinen Versammlungen besonders alle für die proletarischen Arbeiter bedeutungsvollen Frauen zu erheben, ihnen einen Sammelplatz zeitlichen Lebens und politisch sozialer Aufklärung zu geben. — Die nächsten Mitgliederversammlungen finden statt: Montag, den 8. November, Vortrag des Genossen Robert Schmitt über: „Unsere sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege.“ Montag, den 13. Dezember, Vortrag des Genossen Heinrich Schultz über: „Unsere Erziehungsfragen nach dem Kriege.“ Besammlungslokal: Neue Volksharmonie, Rönninger Str. 96/97. — Alle haben keinen Zutritt, doch können neue Mitglieder vor Beginn der Versammlungen aufgenommen werden.

Deutscher Arbeiter-Vanderbund „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Neußölln. Unsere Monatsversammlung findet heute Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Ideal-Haus“, Schönlagerstr. 8, statt.

Der Schachverband der Schwarzthürigen veranstaltet am Dienstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathhauses (Eingang Königstraße) eine große öffentliche Versammlung. Alle Leidensgefährten und Freunde unserer Bestrebungen sind herzlich willkommen. Eintritt frei. — Es werden u. a. Vorträge über Zweck und Ziel unseres Verbandes, Stellenvermittlung, Adress-Untericht, Apparat gehalten. Vielhörer zur freien Benutzung für alle Leidensgefährten.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. 100. 1. Mitgliedschaft kann in dem Falle verweigert werden. 2. Sie sind verpflichtet, das anzugeben. 3. Nr. 4. Sie haben nur noch Anspruch auf zwei Wochen Gehalt und eventuell auf Entgelt. — **Trunde 21.** Als gewerblicher Arbeiter können Sie im Fall der Erkrankung nicht den Lohn für 14 Tage beanspruchen. Falls Ihnen der Unternehmer noch für 14 Tage Lohn und werden Sie innerhalb der Zeit vom Arzt arbeitsfähig geschrieben, so müssen Sie sich dem Unternehmer wieder zur Verfügung stellen. — **N. N. 100.** Die Frau hat, wenn Bedürftigkeit vorliegt, Anspruch auf Unterstüzung. Diese wird ihr von der Gemeinde gezahlt, in der sie und ihr Mann bei seiner Einbürgerung ihren Wohnort hatten. Anspruch auf Witwenrente besteht für sie. — **N. N. 7.** Ja. — **N. N. 6.** Sie müssen innerhalb der in Rentenversicherungs-Gesetz angeordneten Frist bei der Berufsgenossenschaft Einspruch einlegen. Erhalten Sie weiteren Beschäftigung, so würden wir Ihnen empfehlen, in unsere Sprechstunde zu kommen. — **N. N. 114.** Sie müssten mit Ihrer Sache schon persönlich in die juristische Sprechstunde kommen. — **N. N. 3.** Ja. — **N. N. 10.** 1. Der Antrag auf Abminderung ist an das Ersatzbataillon des Regiments, von dem der Soldat eingezogen wurde, zu richten. 2. Nach einem Erlass des Kriegsdienstamtes vom 9. Februar d. J. soll den Militärärzten eine Schulgebührenbescheinigung erteilt werden. Der Antrag ist vom Vater durch seinen Inhabenteil zu stellen. — **N. N. 23.** An das Ersatzbataillon des Regiments, von dem Ihr Mann eingezogen wurde.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagabend mittig. Ein wenig kühler. Zunächst noch überall trübe und neblig mit wechsellagernden, östlich der Ober vielfach starken Regenfällen. Später im Westen beginnende langsame Aufhellung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
13. Abt. Bez. 677.
Am Mittwoch, den 3. November, verstarb unser Genosse, der Schlosser
August Barnstorf
Ebersfelder Str. 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, 6. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Heilands-Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Heute mittig 11 1/2 Uhr erschiel nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater
August Barnstorf
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigen in tiefem Schmerz an Emma Barnstorf geb. Bläse nebst Kindern.
Berlin, den 3. November 1915.
Ebersfelder Straße 10.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Ebersfelder Straße 10 aus, nach dem Heilands-Kirchhof in Wilmersdorf statt.

Nachruf.
19. Abt., Bez. 831.
Am Freitag, den 22. Oktober, verstarb unsere Genossin
Martha Bachmann
Schwedensstr. 11.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Oskar Winkel
Elegit, Adltingerstr. 9
am 1. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Klein-Glienicke aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinkeller u. Hilfsarbeit. Deutschl. Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Oberbinder
Paul Anderka
am 1. November im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ude Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Nachruf.
Den Kollegen fernher zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gehilfe
Max Baumbach
Schillerstr. 22, am 28. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
121/16 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Wiederbarnim.
Bezirk Waldmannslust.
Ortsgruppe Birkenwerder.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schmelzer
Ernst Hennig
am 2. November im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Hiermit allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber, treuherziger, bergensauer Gatte, Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Oberbinder
Paul Anderka
nach längerem, schwerem Leiden infolge Rückfalls am 2. November 1915, vormittags 2 1/2 Uhr, verstorben ist.
Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an Witwe Anderka nebst Kindern und Enkelkindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Philippus-Apostel-Kapelle nach dem hiesigen Friedhof, Seestraße, Ude Müllerstraße, aus statt.

Krankenkassen-Vorstände!
Herrlich gelegenes Genesungsheim in Thüringen, mit 50 Betten erstklassig eingerichtet, jeder Komfort, elektr. Licht, Zentralheizung, alle Arten medizinischer Bäder, seit 20 Jahren Part. kann mit wirtschaftlicher und ärztlicher Leitung unter günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Offerten unter N. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts“.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Scholz, Neußölln. Für den

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau
Agnes Sommer
lage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Dankeskreis und für die tröstlichen Worte der Genossen Matthei meinen herzlichsten Dank.
Wiederhöfenhausen, Lindenstr. 3.
Friedrich Sommer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Brig.
Die vom Vorstande beim Versicherungsamt des Kreises Teltow beantragte teilweise Wiedereinführung der fahrunfähigen Mitglieder ist nunmehr genehmigt und wird fortan nach § 20 Nr. 2 unserer Satzung das Krankengeld vom dritten Tage ab und auch für Sonn- und Feiertage gewährt; nach § 22 Abs. 2 unserer Satzung wird an Versicherung, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, ein Krankengeld (Taschengeld) in Höhe von einem Prozent des Grundlohns und nach § 23 Abs. 1 der Satzung als Sterbegeld das Dreifache des Grundlohns gewährt. 271/19
H. Haack, 1. Vorsitzender.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.
Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Rortplatz 10623, 3578. Bureau: Rungelstraße 30
Heute Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Die General-Versammlung findet am
Freitag, den 26. November,
im Gewerkschaftshause statt.
80/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1939, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Achtung! Erwerbsunfähige (Kranke)!
Des Vortages wegen wird die am 17. November fällige Unterstüzung schon am 16. November gezahlt.
121/17 Die Ortsverwaltung.

Bissig & gut
Die Vorzüge unserer Stiefel
Damen-Lackbesatz-Schnür-Knopf-Stiefel m. farbigen Einsätzen, 39-42 **13,50**
Damen-Chevreau-Schnür-Stiefel, Lackkappe, neue ameriks. Form **10,90**
Kamelhaar-Schuhe angenehm fürs Haus
Stiefelkönig
Berlin, Friedrichstr. 131 e a. d. Karlstrasse

Mechaniker-Kittel-Schlosser-Anzüge
kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung
Alexanderstraße 12, Rosenthaler Straße 53, Landsberger Allee 148, Neußölln, Bergstr. 66.

Münzen
Jausl Ball.
Wangenhandlung
Wilmersdorf, 40/47.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 11-2 und 5-8

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Ziehung 9. und 10. November
Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung
der St. Lorenzkirche in Nürnberg
125 000 Lose, 4556 Geldgewinne = M.
Hauptgewinn Mark: **125 000**
50 000
20 000
10 000
Har ohne Abzug.
Nürnberg Goldlose 3 M. Porto u. Liste extra 30 Pfg.
in allen Lotteriegeschäften und durch
Lud. Müller & Co.
Berlin W., Werdener Markt 10.
Telegr.-Adr. Glückwünscher.

Herren-Mäntel
Ulster, Paletots u. Anzüge
verkauft große
Herren-Kleider-Fabrik
jetzt auch an Private.
Stralauer Str. 42/43, 1 Tr.
Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.